

# Freisinn FDP

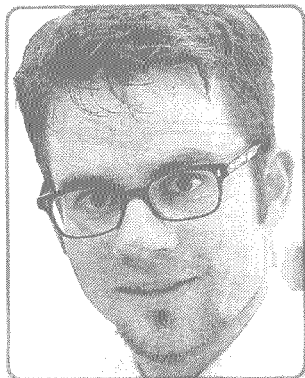
Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00  
FDP im Internet: www.http://www.fdp.ch  
E-Mail: gs@fdp-prd.ch  
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

SCHWEIZERISCHE  
LANDESBIBLIOTHEK  
HALMWALDSTRASSE 15  
3003 BERN

## VERKEHRSPOLITIK ROLA überzeugt nicht

# Marktkonform durch die Alpen

Zur Umsetzung des Verlagerungsziels der schweizerischen Alpen transitpolitik (Güter auf der Schiene statt auf der Strasse) wird von verschiedener Seite das Konzept der rollenden Landstrasse (ROLA) vorgeschlagen. Dieses ist ökonomisch und ökologisch unsinnig. Vielmehr ist der unbegleitete kombinierte Verkehr (UKV) zu fördern.



Guido Schommer

freundlicheren Verfassungsartikel zu ersetzen. In der Frage der Transportart wird die Haltung der FDP – Forcierung des unbegleiteten kombinierten Verkehrs (UKV) – jetzt durch eine neue Studie gestützt.

### Konzept ROLA überzeugt nicht

Für die Verlagerung der grossen Transportmengen von der Strasse auf die Schiene wird das Konzept der rollenden Landstrasse (ROLA) vorgeschlagen. Dieses ist jedoch ein Produkt des Zeitdrucks, welcher sich aus dem Alpen schutzartikel und der 40-Tonnen-Diskussion ergeben hat. Dieses Konzept ist jedoch überholt und langfristig weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll. Zu gross ist bei einer durchschnittlichen Transportdistanz der alpenquerenden Transporte von tausend Kilometern der Zeitverlust, da

ennet den Schweizer Grenzen auf den eigenen Camionrädern gefahren wird. Der Bau von riesigen Verladeterminals wäre notwendig, um die Lastwagen für 300 Kilometer Schweiz auf die Schiene zu bringen. Der Betrieb nach dem Konzept ROLA würde gemäss Studie den Steuerzahler rund 350 Millionen Franken jährlich kosten, von der aufzubauenden Infrastruktur ganz zu schweigen. In Zeiten einer nicht gerade blendenden Fitness der Bundeskasse ist dies ein sehr grosser Betrag.

### In die Zukunft investieren

Die Zukunft im europäischen Schienengüterverkehr liegt beim unbegleiteten kombinierten Verkehr, wie die Marktentwicklungen der letzten Jahre aufzeigen. Vom Herkunfts- bis zum Zielort werden beim UKV nur Container, Lastwagenbrücken und -lasten transportiert. Die FDP unterstützt Bestrebungen, im Rahmen der Bahnreform die Möglichkeit des Free Access auf europäischer Ebene zu schaffen beziehungsweise durch spezifische Güterfreeways geeignete Kapazitäten zu schaffen. Die Förderung und Propagierung des UKV ist deshalb mit Nachdruck an die Hand zu nehmen. ■

## FDP SCHWEIZ

### Inhalt

- Das detaillierte Programm und die Einladung für den Studientag «Energiepolitik» finden Sie auf Seite **6**
- Die neuen FDP-Vorschläge zur Sanierung des Bundeshaushalts lesen Sie ab Seite **7**
- Überlegungen zu Lenkungsabgaben in der Energiepolitik werden präsentiert ab Seite **10**
- Der neue «Freisinn»-Wettbewerb ist auf Seite **17**



## FDP-Reformen auch in der Energiepolitik

Am 18. Oktober 1997 organisiert die FDP Schweiz in Bern anstelle einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung einen Studientag zur Liberalisierung des Strommarktes. Nach der Darstellung der verschiedenen Standpunkte zu diesem aktuellen Thema besteht die Gelegenheit zu einer breiten Diskussion der Delegierten und der weiteren freisinnigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

### 18. Oktober 1997 in Bern

#### Kurzreferate werden halten:

**NATIONALRAT FRANZ STEINEGGER, PARTEIPRÄSIDENT**

**EDUARD KIENER, DIREKTOR DES BUNDESAMTES FÜR ENERGIEWIRTSCHAFT**

**NATIONALRAT EDI ENGELBERGER**

**ANDREAS BELLWALD, DELEGIRTER DES BUNDESRATES FÜR DIE WIRTSCHAFTLICHE LANDESVERSORGUNG**

**JAQUES ROGNON, GENERALDIREKTOR DER ELECTRICITÉ NEUCHÂTELOISE S. A.**

**STÄNDERÄTIN ERIKA FORSTER, PRÄSIDENTIN DES AUSSCHUSSES FÜR ENERGIEPOLITIK DER FDP SCHWEIZ**

GUIDO SCHOMMER,  
PRESSECHIEF FDP  
DER SCHWEIZ

Die FDP hat sich in ihrer Vernehmlassungsantwort zur Umsetzung des Alpen schutzartikels und zum Entwurf der Abgabe auf dem alpenquerenden Güterverkehr (ATA) kritisch geäussert. Angesichts der Situation der Schweiz in den bilateralen Verhandlungen einerseits – eine Diskriminierung der europäischen Transporteure wird seitens der EU nicht akzeptiert – und des äusserst restriktiven Alpen schutzartikels andererseits hält die FDP eben diesen Artikel für praktisch nicht umsetzbar. Sie schlägt deshalb vor, den Umsetzungs zwang um sechs Jahre bis ins Jahr 2010 aus zudehnen und den Alpen schutzartikel durch einen neuen, umsetzungs-

# Letzte Chance

Es sollte mittlerweile jedem Schweizer Bürger klar sein, dass wir ohne wirtschaftliche Zusammenarbeit mit unsern europäischen Nachbarn langfristig nicht überleben werden. Dank des GATT/WTO-Vertrages haben wir heute freien Zugang zu den globalen Weltmärkten und können mit gleichlangen Spiessen mit unsern Konkurrenten kämpfen. Höchst bedauerlich ist es, dass wir den ungehinderten Zugang zum grössten Wirtschaftsraum, dem europäischen Binnenmarkt, nach dem EWR-Nein immer noch nicht geschaffen haben. Zwar verhandelt der Bundesrat schon seit Jahren mit der EU in Brüssel, um sechs bilaterale Verträge auszuarbeiten. Unsere Unterhändler erreichten in fünf Bereichen ausgezeichnete Ergebnisse und müssen nun beim Landverkehrsdossier gewisse Zugeständnisse machen, die kleine Opfer darstellen.

FDP-NATIONALRAT  
ERNST MÜHLEMANN,  
ERMATINGEN (TG)



So könnte der Denkplatz Schweiz mit dem Forschungsvertrag an allen wichtigen europäischen Zukunftsprojekten aktiv teilnehmen und die innovative Kraft unseres Landes stärken. So dürfte der Agrarplatz für seine wichtige Käseproduktion endlich einen Absatzmarkt in Europa finden und damit die Milchwirtschaft entscheidend stützen. So werden Werk- und Dienstleistungsplatz mit dem Abbau der technischen Handelshemmnissen und dem Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen bessere Rahmenbedingungen für den Export erhalten und damit den vorläufig sanften Wirtschaftsaufschwung verstärken. So wird unsere junge Generation mit dem erfolgreich gestalteten Vertrag über den freien Personenverkehr neue Arbeits- und Studienplätze in Europa gewinnen.

## Letzte Schwierigkeiten

Letzte Schwierigkeiten bestehen heute noch beim zähen Aushandeln des Verkehrsvertrages. Zwar bringt dieser Vertrag im Luftverkehr der Swissair wichtige neue Marktchancen, doch verlangt der Landverkehr ein gewisses Opfer der Schweiz. Wir sollten unsere Verkehrsachsen auch legal den 40-t-Lastwagen öffnen und auf zwei Transitachsen auf der Schiene transportieren. Zwar erwartet die EU die Einhaltung des ratifizierten Transitvertrages und zwei Nord-Süd-Achsen, doch besteht sie nicht auf dem Bau von zwei Basistunnels, so dass wir einen Gotthard-Basistunnel und eine fahrende Landstrasse Lötschberg mit bescheidenerem finanziellem Aufwand errichten könnten. Die EU hofft, dass eine der beiden Strecken bis zum Jahre 2005 betriebsbereit ist, was sich mit dem Lötschberg-Huckepackverkehr leicht bewerkstelligen lässt. Wer die Lastwagen auf die Schiene bringen will, muss sanften Druck



FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann (TG): «Man kann alles drehen, wie man will, der entscheidende Ball liegt heute beim Bundesrat.»

ausüben, so dass der Transit-Schwerverkehr fiskalisch belastet werden sollte. Die basarartige Feilscherei um die Höhe dieser finanziellen Abgabe dürfte bei einem Mittelwert enden, mit dem sich die Extremisten der Umweltverbände und der Lastwagenvereinigun-

gen zähneknirschend abfinden dürften.

## Konstruktives Wirken Luxemburgs

Wer sich auf dem politischen Marktplatz Brüssel informiert, weiss, dass das federführende Land Luxemburg für die Schweiz

konstruktiv wirkt. So wird man eine besondere Verkehrsministerkonferenz im November 1997 anberaumen, wenn der bundesrätliche Vorschlag beim Landverkehr praktikabel erscheint. Man kann alles drehen, wie man will, der entscheidende Ball liegt heute beim Bundesrat. Er wird noch 1997, vor dem Jubiläumsjahr, einen wichtigen aussenpolitischen Erfolg erzielen, wenn er den Mut zum Aussergewöhnlichen aufbringt. Er darf nur nicht diesen wichtigen Schritt im Rahmen des europäischen Freihandels mit dem politischen Beitritt zur EU oder zur Uno koppeln. Mit Sicherheit wird das schweizerische Volk einem wirtschaftlichen Gesamtvertrag mit der Europäischen Union zustimmen, wenn man in der Europapolitik endlich die ökonomische Kooperation vom politischen Anschlussdenken trennt.

## ZUM THEMA

So wird unsere junge Generation mit dem erfolgreich gestalteten Vertrag über den freien Personenverkehr neue Arbeits und Studienplätze in Europa gewinnen.

Die EU hofft, dass eine der beiden Strecken bis zum Jahre 2005 betriebsbereit ist.

Mit Sicherheit wird das schweizerische Volk einem wirtschaftlichen Gesamtvertrag mit der Europäischen Union zustimmen.

BILDUNGSOFFENSIVE  Stärkung des Wirtschaftsstandorts

# Lebenslanges Lernen

**Ein Wertewandel hat stattgefunden und übt seinen Einfluss auch auf unsere Arbeitsplatzsituation aus. Produktionszweige wurden ins Ausland verlagert. Die Standortfrage wird für Unternehmen entscheidend und verlangt rasches Agieren, um wenigstens die verbleibenden Arbeitsplätze im Land zu sichern, möglichst aber neue zu schaffen. Zunehmende Vernetzung und neue Kommunikationstechnologien haben alle Bereiche unseres Lebens erfasst.**

FDP-STÄNDERÄTIN  
HELEN LEUMANN,  
MEGGEN (LU)



Da Innovationszyklen immer schneller werden, verlangen

EDV-Einsatz und neue Produktionsformen nach neuen Ausbildungsplätzen, die zum Teil stark von herkömmlichen Berufsbildern abweichen. Dies erfordert verstärkte Bildungs- und Ausbildungsanstrengungen. Internationale Untersuchungen der OECD und nationale Erhebungen zeigen übereinstimmend, dass zwischen Ausbildung, Arbeitslosigkeit und Lohnniveau ein Zusammenhang besteht. Generell wurde festgestellt, dass sich die Unterschiede der Durchschnittslöhne zwischen Arbeitnehmern mit geringer und solchen mit guter Qualifizierung ständig vergrössern.

## Mit dynamischem Arbeitsmarkt rechnen

Was heisst das für uns? Wegen struktureller Anpassungen und konjunktureller Schwankungen ist in Zukunft mit einem Arbeitsmarkt zu rechnen, der vermehrte Dynamik aufweist. In diesem Prozess kommt ein vom Staat und von der Wirtschaft gemeinsam getragenes Bildungswesen

eine bedeutende Rolle zu. Kurzfristige Kostenüberlegungen rächen sich auf längere Sicht ebenso wie Ausbildungen, die von der wirtschaftlichen Realität abgekoppelt sind. Es ist für die Zukunft unseres Landes grundlegend, dass vor allem die Jugendlichen eine Ausbildung absolvieren können. Mit dem Angebot der Fachhochschulen verliert die Berufsbildung ihren selektiven Charakter und ermöglicht nach dem beruflichen noch den schulischen Bildungsweg.

Im Mittelpunkt unseres Berufsbildungssystems stehen:

■ **Oberaufsicht:** Förderung von Reformen und Innovationen in den Berufsfeldern und Berufsschulen, in der höheren Berufsbildung und Weiterbildung.

■ **Reglementierung:** Pilotprojekte zur Erprobung neuer Ausbildungsmöglichkeiten, beschleunigte Anpassung und offenere Gestaltung der Vorschriften.

■ **Ausbildung:** Bereitstellen von Ausbildungsangeboten für Ausbilderinnen und Ausbilder aller Stufen und Bereiche der Berufsbildung.

■ **Finanzierung:** Konzentration auf die Kernbereiche in Grundausbildung und Weiterbildung, auf die Bereiche von gemeinwirtschaftlichem Interesse und

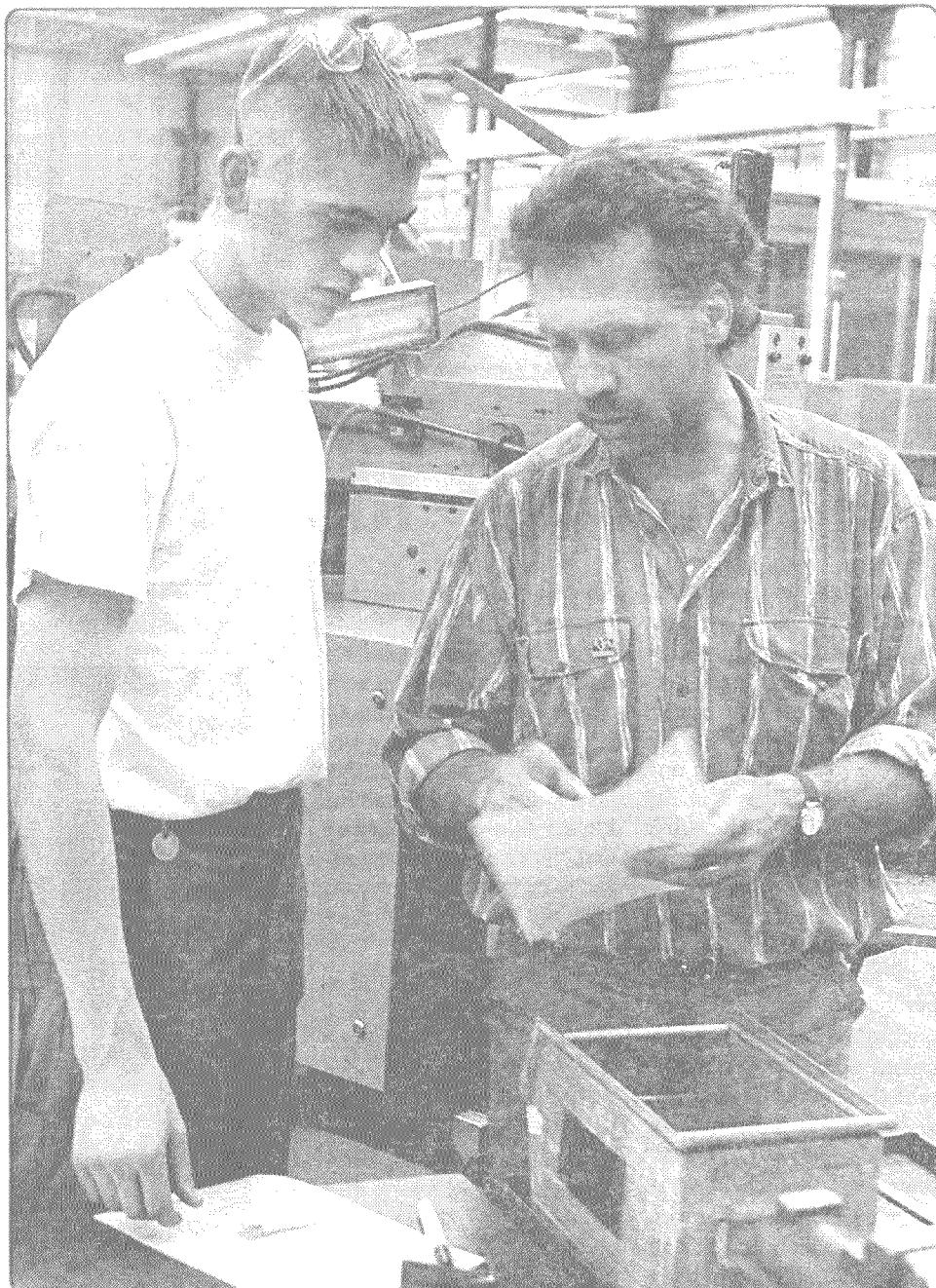
auf ein an Leistungsaufträgen und Globalbudgets orientiertes Finanzierungsweisen.

## Bereitschaft zu lebenslangem Lernen

Die berufliche Qualifizierung wird zu einem stetigen, nicht abgeschlossenen Vorgang. Alle müssen sich

weiterbilden und Bereitschaft zu lebenslangem Lernen signalisieren. Dazu braucht es ein enges Zusammenarbeiten von Bund, Kantonen, Lehrbetrieben, Verbänden und Schulen, damit wir das Ziel «Bildung für alle», also eine breite Basis gut ausgebildeter Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeiter sowie innovative Spitzenkräfte auf allen Stufen, erreichen, damit auch in bezug auf unsere Arbeitslosigkeit ein Silberstreifen am Horizont zu erkennen ist. Eine Herausforderung, die wir alle zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz annehmen müssen!



FDP-Ständerätin Helen Leumann: «Mit dem Angebot der Fachhochschulen verliert die Berufsbildung ihren selektiven Charakter und ermöglicht nach dem beruflichen noch den schulischen Bildungsweg.» (Photo keystone)

## Wechseljahre der Schweiz?

Dieses Büchlein von Walter Bosch ist zwar schon bald ein Jahr jung, doch verdient es unsere Aufmerksamkeit nach wie vor: Treffend wie kaum ein anderer schildert Walter Bosch die schweizerische Eidgenossenschaft und die Befindlichkeit ihrer Einwohnerinnen und Einwohner in dieser schwierigen Phase ihres schon über 700jährigen Bestehens, nämlich im Übergang von den goldenen achtziger zu den eher unsicheren neunziger Jahren. Eine Schweiz, die sich mehr und mehr in Frage stellt, die auch von aussen mehr und mehr in Frage gestellt wird, einer Schweiz, die immer gegensätzlicher wird.

Bosch geht bei seinen Analysen – die in Form von

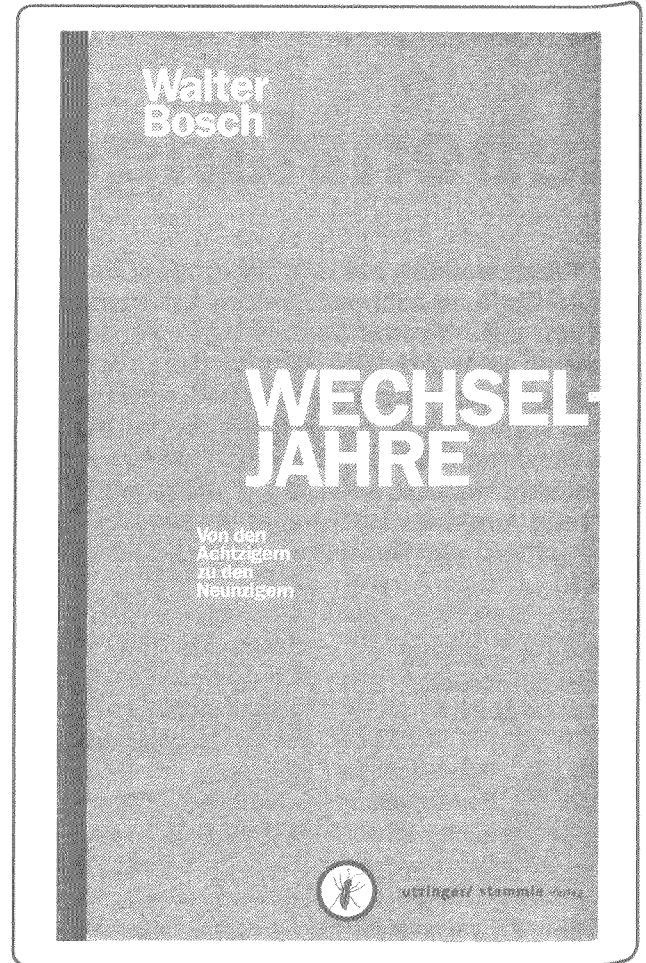
Kolumnen im Laufe der Jahre alle schon erschienen sind – dem Zeitgeist nach und findet ihn in kleinen Alltagsgeschichten, in philosophischen Überlegungen zur Chaostheorie oder auch in einem nie erschienenen Essay zu den sogenannten Nullnummern, den Erstaussgaben neuer Zeitungen oder Zeitschriften.

Bosch schreibt Geschichten aus dem Leben der Wirtschaft, aus der allgemeinen Schweizerpolitik oder auch aus dem ganz normalen gesellschaftlichen Alltag. Er tut dies mit einer solchen Liebe zum Detail, dass ihm für seine texterischen Qualitäten neidlose Anerkennung gebührt. Ab und zu gerät ihm eine Wendung allzu plaka-

tiv, doch wer wollte es ihm verargen, bei nur zwei Seiten pro Geschichte?

Dieses Büchlein ist allen zu empfehlen, die das Werden der zeitgenössischen Schweiz und der hierzulande ansässigen Gesellschaft in den letzten zehn Jahren auch einmal mit einem Augenzwinkern Revue passieren lassen möchten. Und manch einem könnte es auch ein Anstoss sein, um sich den gewaltigen Wertewandel vor Augen zu führen.

Wechseljahre. Von den Achtzigern zu den Neunzigern. Von Walter Bosch. Utzinger/stemmle Verlag, Tüdingen bei Baden: 1996. ISBN 3-908688-21-3.



## Das Bild der Schweiz am Röstigraben – Le pont ou le fossé?

Ob man an ihn glaubt oder nicht, der Röstigraben ist ein Begriff in unserem Land. Die Suche nach Abbildungen dazu führten den Fotografen Fritz Berger über Berge, durch Täler und entlang von Flüssen in die Dörfer und Städte, der Sprachgrenze vom Jura bis ins Wallis folgend.

Dabei entstanden Aufnahmen von Menschen und Landschaften – einfache, berührende und symbolträchtige Bilder von gemeinsamen oder reizvollen verschiedenen Ausdrücken, auf der einen oder anderen Seite der Deutsch-/Welschschweizer Sprachengrenze zu finden. Am Röstigraben präsentiert sich in diesem kleinen Fotobüchlein – in einzelnen oder überleitenden Bildern – als eine durchaus einheitliche Schweiz,

die das sichtbar Verbindende genauso enthält wie unsichtbare Unterschiede. Und wo diese genau angedeutet werden, bleibt eben Ansichtssache, ist folgerichtig dem Betrachter und seinem Blick überlassen. Zahlreiche, kleine Bildlegenden geben den einzelnen Fotos eine zusätzliche Perspektive, die oft auch mit Witz und Ironie geprägt ist.

Für Leute, die über Sprachgrenzen hinweg persönliche oder berufliche Kontakte pflegen, dient das sorgfältig (und im Text zweisprachig) gestaltete Buch als ein kleines, sympathisches und spezielles Geschenk.

Das Bild der Schweiz am Röstigraben – Le pont ou le fossé? Von Fritz Berger (Fotos) und Charles-Henri Favrod (Einleitung). 64 Seiten, 45 s/w Fotos, gebunden, Fr. 22.– (Lokwort).



HERBSTSESSION Die erste Woche im Überblick

# Suva: Zugang zum Krankenversicherungsmarkt

**Während der Ständerat zum Auftakt der Herbstsession zur Kenntnis nehmen musste, dass Indiskretionen aus der Bundesverwaltung kaum zu verhindern sind, begann der Nationalrat seine Verhandlungen mit dem emotionsgeladenen Thema AHV.**

FDP-NATIONALRAT  
HANS RUDOLF GYSIN,  
PRATTELN (BL)

In der kleinen Kammer musste Aussenminister Cotti zugeben, dass der Urheber der Indiskretion in der «Sonntags-Zeitung», die zum Rücktritt des Schweizer Botschafters in den USA, Carlo Jagmetti, führte, welcher vor der Unterschätzung der Holocaust-Debatte in Amerika gewarnt hatte, noch immer nicht gefunden ist. Am gleichen Tag musste der Bundesrat den Schweizerischen Gewerkschaftsbund tadeln, weil er eine Studie des Biga über Sparmöglichkeiten bei der Arbeitslosenversicherung in seinem Abstimmungskampf gegen die Finanzierung der Arbeitslosenkasse als bereits gefällte Entscheide benutzte. Auch hier spielte eine Indiskretion eine Rolle, die von den bürgerlichen Parteien verurteilt wird. Angesichts der Tatsache, dass sich die Amtsgeheimnisverletzungen, wie Bunderat Cotti ausführte, zu einer eigentlichen Geissel der Bundespolitik entwickeln, wäre es keine schlechte Idee, wenn die Schweizer Verleger und Medienverantwortlichen, welche gerade jetzt ihre «Woche der Schweizer Presse» durchführen, die Verantwortung der Medien im politischen Leben neu überdenken würden.

## Rentenalter 64 für Frauen bleibt

Im Nationalrat hatte die sogenannte «Auffang-Initiative» des Schweizerischen und des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes (SGB/CNG) keine Chance. Mit dieser Initiative sollte die mit der 10. AHV-Revision vom Volk gutgeheissene Heraufsetzung des Rentenalters für Frauen von 62 auf 64 Jahre wieder rückgängig gemacht werden. Im Blick darauf, dass die Flexibilisierung des Rentenalters das Hauptthema der 11. AHV-Revision ist, lehnte selbst Bundesrätin Ruth Dreifuss den gewerkschaftlichen Vorstoss ab. Da für einmal auch die Phalanx der Linken und Feministinnen nicht ganz so spielte, wie das weibliche Führungstrio der SP sich das vorgestellt hatte, wurde dieses undemokratische Rückkommen auf die Volksabstimmung vom 25. Juni 1995 mit 110 zu 70 Stimmen abgelehnt.

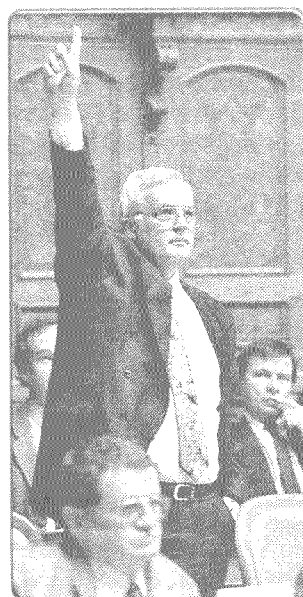
## Swissair-Monopol fällt 2008

Ausgangspunkt für die Luftfahrtgesetzrevision war Genf Cointrin. Die Verlegung der Interkontinentalflüge der Swissair von Genf nach Zürich führte 1996 zu einem regionalpolitischen Eklat, der jetzt dazu führte, dass das Swissair-Monopol im Linienverkehr aufgehoben wird. Entgegen dem

Willen der Westschweizer Parlamentarier halten sich der Bundesrat und die grosse Mehrheit des Nationalrates dabei an bestehende Verträge. Erst 2008, nämlich mit Auslaufen der bestehenden Konzession, wird die Swissair ihre Sonderstellung verlieren. Bis dann müssen sich die Genfer mit «Open Sky» über Cointrin zufriedengeben. Nach dem Auslaufen der Swissair-Konzession soll dann der Wettbewerb auf allen Linien und auch unter den Regionalflughäfen voll zum Spielen kommen. Luftfahrtexperten sind allerdings der Meinung, dass die Pflicht schweizerischer Swissair-Konkurrenten zur Bedienung mehrerer Inlanddestinationen nicht das Gelbe vom Ei darstellt und wettbewerbspolitisch eher hemmend wirkt. Der Ständerat wird jedoch noch Gelegenheit haben, hier ändernd einzugreifen.

## EO-Gelder für IV

Mit grosser Mehrheit stimmte die kleine Kammer der Verlagerung von 2,2 Milliarden Franken aus dem Fonds der Erwerbsersatzordnung (EO) in die schwer defizitäre IV-Kasse zu. Damit machte der Ständerat den Spekulationen um diesen Transfer ein Ende, die nach den Fraktionssitzungen der SP und der CVP aufgekommen waren. Diese hatten eine Verquickung von EO, IV und Mutterchaftsversicherung ins Auge gefasst. Auch die vorgeschlagene Verschiebung eines Lohnpromills von der EO zur IV wurde deutlich



Hans Rudolf Gysin

abgelehnt. Ob dieses Beitragspromill, wie die CVP meint, einst einer Mutterchaftsversicherung zukommt oder nicht, ist damit noch nicht entschieden. Es ist aber erfreulich, dass der Ständerat auf den Sozialversicherungspoker von CVP und SP nicht eingetreten ist, obwohl vorauszusehen ist, dass damit noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

## Schluss mit der «Pflästerlipolitik»

Ein weiterer Schwerpunkt der ersten Sessionswoche ist dem Bereich Gesundheitspolitik gewidmet. Zahlreiche Einzelvorstösse verlangen Nachbesserungen, Ergänzungen oder Änderungen am Krankenversicherungsgesetz KVG. Die Gründe liegen auf der Hand. Das KVG hat im Bereich der Kostensenkung bisher noch nicht gebracht, was man sich von ihm versprochen hat. Im Gegenteil. Die Krankenkassenprämien

steigen weiter und erreichen mittlerweile Werte, welche vor allem Familien mit mehreren Kindern vor echte finanzielle Probleme stellen. Die Gründe sind vielfältig. Zum einen greifen gewisse Massnahmen erst verzögert. So sind in etlichen Kantonen die Spitalisten noch nicht zufriedenstellend definiert. Zum anderen hat es sich als relativ schwierig erwiesen, im Gesundheitsmarkt echte Konkurrenzsituationen zu schaffen. An diesem Punkt soll denn auch eine von mir lancierte und von 64 Ratskolleginnen und Kollegen mit unterzeichnete parlamentarische Initiative ansetzen, welche der Suva Zugang zum Krankenversicherungsmarkt ermöglichen soll. Die Suva hat bei den Unfallversicherungen bewiesen, dass es mit effizientem Kostenmanagement durchaus möglich ist, kostensenkend zu wirken, ohne dass den Versicherten dadurch gesundheitliche Nachteile entstehen. Da die Suva erklärt hat, sie wolle bei einem Einstieg für alle Patientenkategorien offen sein, ist auch nicht zu befürchten, dass sie sich auf die Rosinenpickerei im risikogünstigen Kollektivversicherungsgeschäft beschränken kann. Die Tatsache jedenfalls, dass die Lobbyisten der arrivierten Krankenkassen mit lautstarker Unruhe auf den Vorstoss reagiert haben, zeigt auf, dass der eingeschlagene Weg erfolgsversprechend ist und einiges in Bewegung setzen könnte, wenn der Rat der logischen Marktöffnung zustimmt. ■

18. OKTOBER  Liberalisierung des Strommarktes

# Energiepolitische Reformen

**Nach einer längeren Ruhephase tritt die Energiepolitik wieder vermehrt in den Mittelpunkt des Interesses. Die FDP organisiert zu einem besonders aus liberaler Sicht zentralen Punkt, nämlich zur Liberalisierung des Strommarktes, eine Studientagung, zu der alle Delegierten und weiteren Interessierten eingeladen sind.**

GUS. Die ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 18. Oktober 1997 findet nicht statt, da der letzte Abstimmungstermin nicht benutzt wird und folglich keine Abstimmungsparolen zu fassen sind. Trotzdem organisiert die FDP Schweiz einen Anlass für ihre Delegierten und weitere interessierte Freisinnige – die Studientagung zur Liberalisierung des Strommarktes.

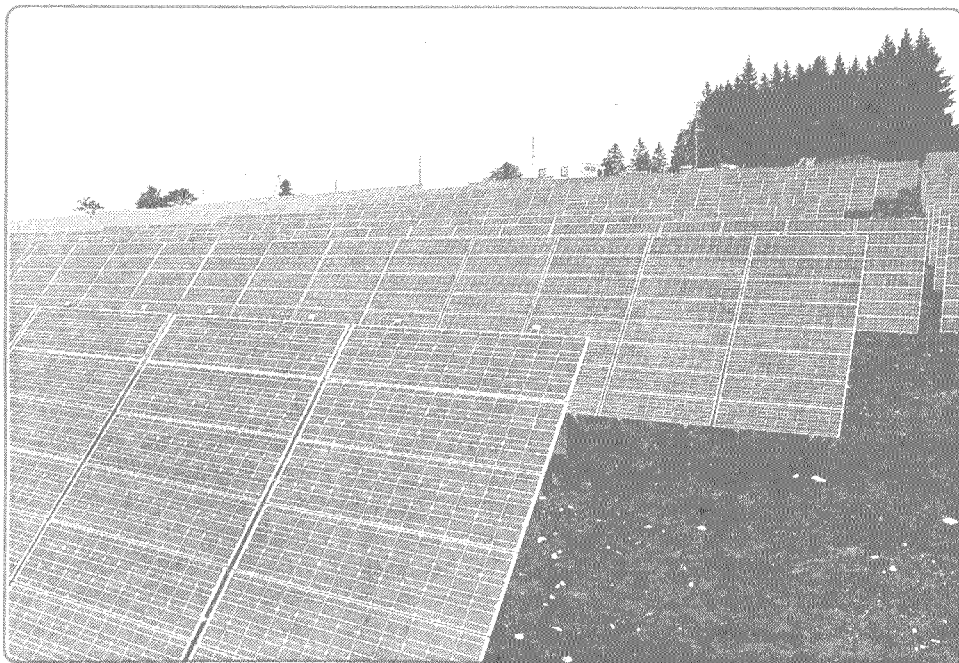
## Liberalisierung bewegt die Gemüter

Die Liberalisierung des Strommarktes bewegt die Gemüter. Industrie, Um-

weltschützer, Energieproduzenten, Konsumenten: Die unterschiedlichsten Interessen prallen aufeinander. Die FDP Schweiz wird an dieser Studientagung die verschiedenen Standpunkte ausleuchten und einen grossen Teil der Tagung für die Diskussion der Teilnehmerinnen und Teilnehmer reservieren.

Eduard Kiener, Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft, wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Tatsachen und die Rahmenbedingungen vorstellen, in welchen die Liberalisierung des Strommarktes erfolgen kann.

FDP-Nationalrat Edi Engelberger (NW) wird den Standpunkt der Alpenkantone darlegen, die angesichts ihres recht hohen Anteils an der schweizerischen Stromproduktion (Wasserkraft) von einer solchen Liberalisierung besonders betroffen sind. Die Haltung der Wirtschaft wird durch Andreas Bellwald, Alusuisse-Lonza, Delegierter des Bundesrates für die wirtschaftliche Landesvorsorge, dargestellt. Schliesslich wird Jacques Rognon, Generaldirektor der Electricité neuchâteloise S. A. (ENSA), die Sicht der Stromproduzenten vertreten. Das FDP-Positionspapier «Energiepolitik» wird anschliessend durch FDP-Ständerätin Erika Forster präsentiert. Zu beiden Punkten ist eine breite Diskussion der anwesenden Freisinnigen erwünscht. ■



Der Strommarkt soll liberalisiert werden: Sonnenkollektoren auf dem Mont-Soleil. (Photo keystone)

## Liberalisierung des Strommarktes

Samstag, 18. Oktober 1997

Ab 9.00 Uhr Kaffee und Gipfeli

09.30 Uhr **ERÖFFNUNG DER TAGUNG**

Franz Steinegger, Nationalrat, Präsident der FDP Schweiz

09.45 Uhr **LIBERALISIERUNG DES STROMMARKTES: WORUM GEHT ES?**

Präsentation: Eduard Kiener, Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft (angefragt)

10.00 Uhr **DIE SICHT DER ALPENKANTONE**

Präsentation: Edi Engelberger, Nationalrat, Stans

10.15 Uhr **DIE SICHT DER WIRTSCHAFT**

Präsentation: Andreas Bellwald, Alusuisse-Lonza, Delegierter des Bundesrates für die wirtschaftliche Landesversorgung

10.30 Uhr **DIE SICHT DER STROMPRODUZENTEN**

Präsentation: Jacques Rognon, Generaldirektor der Electricité neuchâteloise S. A.

10.45 Uhr **ALLGEMEINE DISKUSSION**

Leitung: Franz Steinegger, Nationalrat, Präsident der FDP Schweiz

11.45 Uhr **ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE DEFINITION UNSERER POLITISCHEN POSITIONEN**

11.55 Uhr **ENTWURF DES POSITIONSPAPIERS «ENERGIEPOLITIK»**

Präsentation: Erika Forster-Vannini, Ständerätin, Präsidentin des Ausschusses für Energiepolitik der FDP Schweiz, St. Gallen

12.10 Uhr **ALLGEMEINE DISKUSSION**

Leitung: Franz Steinegger, Nationalrat, Präsident der FDP Schweiz

12.40 Uhr **VERABSCHIEDUNG DES POSITIONSPAPIERS**

12.45 Uhr Ende der Tagung

Ein Apéritif wird in der Hotelhalle serviert.

## Talon

JA, gerne melde ich mich an für die FDP-Studientagung «Energiepolitik» vom Samstag, 18. Oktober 1997, im Hotel Bellevue in Bern.

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Talon bitte so rasch wie möglich einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Studientagung «Energiepolitik», Postfach 6136, 3001 Bern, oder faxen an: (031) 320 35 00.

HAUSHALTSANIERUNG ◉ Umbau in ausgaben trächtigen Bereichen

# Nicht aufschiebbar

Die seit Jahren anhaltenden Defizite bei der öffentlichen Hand haben über die negativen wirtschaftlichen Effekte hinaus die Glaubwürdigkeit der politischen Behörden bereits erheblich belastet. Dass trotz drei Sanierungsprogrammen die Defizite im Bundeshaushalt auf über 5 Milliarden Franken verharren, hat insbesondere das Vertrauen in die Bundesfinanzen erschüttert. Die tiefroten Zahlen des Voranschlages für 1998 sowie für den Finanzplan 1999-2000 sprechen eine deutliche Sprache. Wenn es nicht gelingt, mittels Reformen das Übel an der Wurzel anzugehen, dürften selbst in wirtschaftlich guten Zeiten die Defizite kaum unter 7 Milliarden Franken fallen. Für den Fall eines konjunkturellen Rückgangs, der zwar erfreulicherweise nicht ansteht, würden die Fehlbeiträge rasch die 10-Milliarden-Grenze überschreiten.

FDP-NATIONALRAT  
GEROLD BÜHRER,  
THAYNGEN (SH)

Die Ausgabenseite war in den vergangenen Jahren immer wieder Spielball konjunktureller Ankurbelungsprogramme. Vor dem Hintergrund der erfreulicherweise anziehenden Wirtschaft kann zumindest auf die damit verbundene Argumentation nicht mehr abgestellt werden. Im Gegenteil, wer sich weiter vor der Verantwortung bei den Ausgaben drückt und hohe Defizite in Kauf nimmt, der leistet der Wirtschaft und den Arbeitsplätzen einen Bärendienst. Die Folgen einer solchen Haushaltspolitik sind eine steigende Zinslast, mangelnder Spielraum für Investitionen sowie ein anhaltender Druck auf höhere Steuern.

## Sanierung auf der Ausgabenseite

Mit anderen Worten, die Fortsetzung eines «Laisser faire» bei den Ausgaben wird nicht zur vermeintlichen Wirtschaftsankurbelung führen, sondern die

gen die vorgesehene Sanierung zur Wehr setzt, handelt weder wirtschaftlich noch sozialpolitisch im Interesse unserer Wirtschaft und Bevölkerung.

## Ja zum Sanierungsartikel in der Bundesverfassung

Seitens der FDP sind bereits 1994 Vorschläge für einen Bundesbeschluss zur Haushaltssanierung sowie für eine Schuldenbremse gemacht worden. Obwohl in Art. 42bis der Bundesverfassung der Haushaltsausgleich bereits stipuliert wird, ist eine griffige Verankerung des Sanierungsauftrages auf Verfassungsebene ein dringendes Gebot. Um der gefährlichen Ausgabendynamik entgegenzuwirken, scheint ein Zwangsmechanismus unerlässlich. Dazu kommt, dass eine klare Annahme von Volk und Ständen psychologisch eine gute Ausgangs-

lage schaffen wird. Die durch derartige Sanierungsmechanismen beeinträchtigten Handlungsspielräume der politischen Behörden sind zwar nicht ideal, müssen hingegen zugunsten der Wiedergewinnung des finanzpolitischen Vertrauens akzeptiert werden. Zusammen mit der daran anschliessenden Schuldenbremse, den Reformen beim Finanzausgleich und den Normen und Standards bei den Subventionen sowie der Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung geht es um zentrale Weichenstellungen zugunsten der öffentlichen Finanzen.

Um das Vertrauen wieder anzuheben, ist es jedoch erforderlich, mittels Zwischenzielen bereits im Budget 1998 und in den kommenden Jahren erste Erfolge zu erzielen. Aus dieser Sicht ist es zu be-

Konkurrenzfähigkeit des Standortes Schweiz beeinträchtigen. Statt der Sicherung von Investitionen und zukunfts trächtigen Arbeitsplätzen werden Investitionen ins Ausland abwandern und ein hoher Arbeitslosensockel übrigbleiben. Wer sich daher jetzt lautstark ge-

## ZUM THEMA

.....  
Für den Fall eines konjunkturellen Rückgangs, der zwar erfreulicherweise nicht ansteht, würden die Fehlbeiträge rasch die 10-Milliarden-Grenze überschreiten.

.....  
Wer sich daher jetzt lautstark gegen die vorgesehene Sanierung zur Wehr setzt, handelt weder wirtschaftlich noch sozialpolitisch im Interesse unserer Wirtschaft und Bevölkerung.

.....  
Der feste Wille des Finanzministers, die Defizite im Rahmen eines umfassenden Konzepts zum Verschwinden zu bringen, verdient die volle Unterstützung.

grüssen, wenn im Bundesbeschluss zur Haushaltssanierung nach 1999 auch im Jahr 2000 ein weiteres Defizit verankert wird. Die Möglichkeit, im Falle einer schlechten Wirtschaftslage die Frist für den Ausgleich des Bundeshaushaltes um höchstens zwei Jahre erstrecken zu können, muss in diesem Zusammenhang erschwert werden. Mit der Hürde des absoluten Mehrs sollen zufallsbedingte Entscheide vermieden werden.

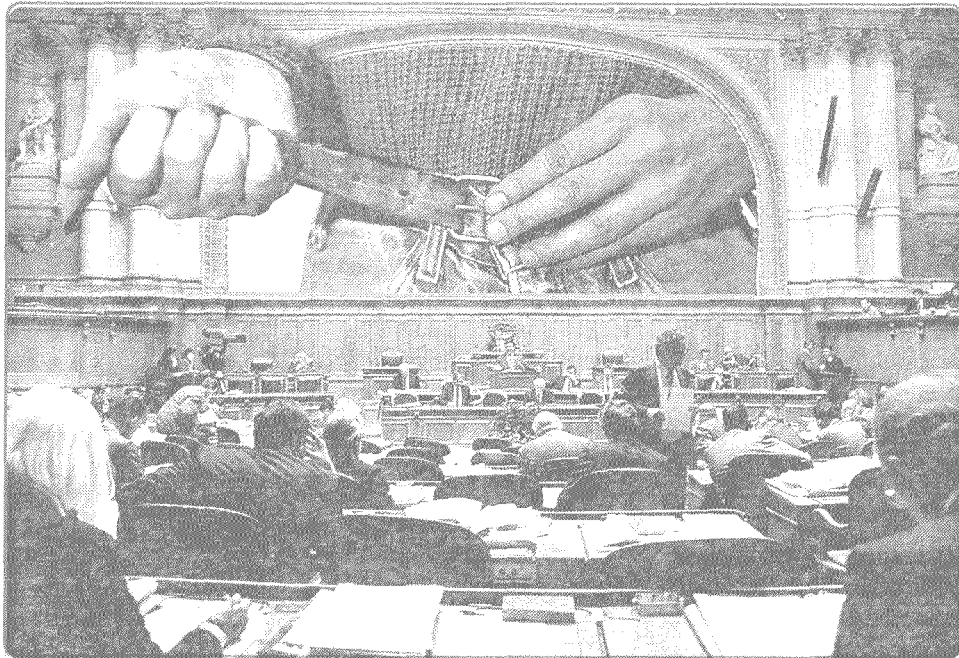
## Weitergehende Einsparungen unumgänglich

Der feste Wille des Finanzministers, die Defizite im Rahmen eines umfassenden Konzepts zum Verschwinden zu bringen, verdient die volle Unterstützung. Beizupflichten ist auch der Auffassung, dass nicht mit Schnellschüssen unnötig Porzellan zerschlagen wer-



FDP-Finanzpolitiker unter sich: Bundesrat Kaspar Villiger und die Nationalräte Gerold Bühler (SH) und Rudolf Steiner (SO). (Photo ruti)

FORTSETZUNG AUF SEITE 8



Der Staat wird seinen Gürtel deutlich enger schnallen müssen – Sanierung der Bundesfinanzen auf der Ausgabenseite ist gefragt. (Photo keystone)

FORTSETZUNG VON SEITE 7

den soll. Andererseits ist jedoch auch die Gefahr nicht unerheblich, dass die anvisierten Kürzungen des Ausgabenwachstums nicht ausreichen. Das Risiko ist jedenfalls beträchtlich, dass – sei es aus mangelnder Erfolgschance bei Mehreinnahmen oder wegen weniger gut ausfallender Wirtschaftsdaten – die ins Auge gefassten Kürzungen zu gering sind. Es ist daher unumgänglich, für das Budget 1998, insbesondere aber für die Finanzplanperiode 1999–2001, weitergehende Einsparungen durchzusetzen.

Alle Aufgabenbereiche müssen Gegenstand weitergehender Sparanstrengungen sein. Im Mittelpunkt haben die ausgabenträchtigen Bereiche zu stehen. Es muss beispielsweise beim Verkehr, bei der sozialen Wohlfahrt und auch bei der Landesverteidigung darum gehen, durch einen Umbau und einen gezielten Mittelausatz ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erzielen. Verschiedene Untersuchungen sowie auch Beispiele aus dem Ausland machen deutlich, dass auch mit

geringeren Mitteln die politisch gesteckten Ziele erreicht werden können. Wird beispielsweise bei den Sozialwerken in Ergänzung zum Versicherungsprinzip ein höherer Teil bedarfsorientiert ausbezahlt, können beträchtliche Entlastungen erzielt werden, ohne dass sozialpolitisch auch nur der geringste Schaden entsteht. Wer dagegen vor einem solchen Umbau die Augen verschliesst und ihn gegen besseren Wissens als unerträglichen Sozialabbau hinstellt, wird nach der Jahrtausendwende eine noch nie erlebte Finanzkrise der Sozialwerke zu verantworten haben.

**Gesunde Finanzen – attraktive Steuern: keine Gegensätze**

Abgesehen von der Finanzierung der Infrastruktur beim öffentlichen Verkehr und dem Mehrwertsteuerprozent für die AHV darf bei der Haushaltssanierung der Ausweg nicht in Steuererhöhungen gesucht werden. Dieser von der Linken propagierte Weg würde in einer Sackgasse enden. Der Trumpf der steuerlichen Attraktivität unseres Landes hat in den vergangenen Jah-

ren ohnehin bereits gelitten. Die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben ist allein seit 1970, gemessen am Bruttoinlandprodukt, um über 40 Prozent gewachsen. Mit Blick auf die Leistungsbereitschaft und den verschärften Standortwettbewerb kommt ein Drehen an der Abgabenschraube einem Abbau von Wachstum und Arbeitsplätzen gleich. Dazu kommt, dass mit ständig höheren Abgaben bisher noch in keinem Land die Finanzen nachhaltig ins Lot gebracht wurden.

Dringliche steuerliche Erleichterungen, wie die anstehende Unternehmenssteuerreform, der Abbau des Stempels bei Wertpapiertransaktionen oder die Anreize für die Bereitstellung von Risikokapital, bilden keinen Gegensatz zum Anliegen gesunder Finanzen. Auch die Argumentation, dass es der Opfersymmetrie wegen nicht zulässig sei, Steuererleichterungen zu verlangen und gleichzeitig das Ausgabenwachstum zu zügeln, ist ökonomisch alles andere als stichhaltig. Im Gegenteil, zu den immer wieder kolportierten vermeintlichen Widersprüchen schaffen derartige gezielte

steuerliche Verbesserungen zusammen mit den ausgabenseitigen Massnahmen erst die Voraussetzung für die angestrebte Sanierung der Bundesfinanzen. Statt vor vermeintlichen Antagonismen zu kapitulieren ist daher alles daranzusetzen, damit es bei der Gesundung der Bundesfinanzen Platz für die Zügelung der Ausgaben als auch für gezielte, wettbewerbsfördernde Steueranreize gibt. Über positive Multiplikationseffekte zugunsten eines stärkeren Wirtschaftswachstums werden mittelfristig schliesslich auch die öffentlichen Haushalte profitieren können. ■

ZUM THEMA

- Alle Aufgabenbereiche müssen Gegenstand weitergehender Sparanstrengungen sein.
- Der Trumpf der steuerlichen Attraktivität unseres Landes hat in den vergangenen Jahren ohnehin bereits gelitten.
- Die Argumentation, dass es der Opfersymmetrie wegen nicht zulässig sei, Steuererleichterungen zu verlangen und gleichzeitig das Ausgabenwachstum zu zügeln, ist ökonomisch alles andere als stichhaltig.

Talon

**JA, ich möchte den Bericht der Arbeitsgruppe Bundesfinanzen der FDP-Fraktion bestellen.**

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Einsenden oder faxen an:  
FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern,  
Fax (031) 320 35 00.



SCHWEIZ ◉ Schatten des Zweiten Weltkriegs

# Die Moral und die Schweiz

**Die gegenwärtige öffentliche Kontroverse um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg wird weniger durch neugewonnene historische Erkenntnisse geprägt als vielmehr durch eine interessenbezogene, die Grenzen juristischer Gerechtigkeit überschreitende moralische Wertung von bereits Bekanntem. Ohne die massive ausländische Kritik und die moralisch geprägte Neuinterpretation der Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg hätte die durch die nachrichtenlosen Gelder bei Schweizer Banken ausgelöste Kontroverse nicht das heutige öffentliche Interesse gefunden.**

ELMAR FISCHER,  
HISTORIKER, FDP,  
BERIKON AG



Zwei der zahlreichen Gründe, weshalb sich die Schweiz rund fünfzig Jahre nach Kriegsende derart massiven moralischen Anschuldigungen ausgesetzt sieht, sind das Ungenügen der Rechtsordnung zur Wiedergutmachung des vom nationalsozialistischen Deutschland ausgegangenen Rechtsbruchs und der in der Vergangenheit leider oftmals fehlende Wille zu einer Verständigung mit den Opfern des Nationalsozialismus. Dies wird deutlich beim Auslöser der Kontroverse, den nachrichtenlosen Geldern bei Schweizer Banken. Überlebenden des Holocausts und Angehörigen von Opfern des Nationalsozialismus fehlten oftmals die erforderlichen Dokumente, um Rechtsansprüche auf Gelder bei Schweizer Vermögensverwaltern erfolgreich geltend zu machen. Erst die öffentlich inszenierte, moralisch untermauerte Kampagne gegen Schweizer Geldinstitute bewirkte die aktive Suche nach Berechtigten und ein verein-

fachtes Verfahren zur Auszahlung der Gelder unter Verzicht auf die seit Ende des Krieges verlangten die Erbberechtigung bescheinigenden Dokumente.

## Das Gewicht der Moral

Ein zweiter Grund für die Verlagerung der Diskussion auf die moralische Ebene besteht in der vermehrten Kenntnis von Einzelschicksalen. Dies zeigt die historische Aufarbeitung der Flüchtlingspolitik. Der Ludwig-Bericht über die Flüchtlingspolitik der offiziellen Schweiz in den Jahren 1933 bis 1955 basiert weitgehend auf verwaltungsinternen amtlichen Dokumenten wie Gesetzen, Verordnungen und Weisungen. Diese Auswahl von Quellen, welche die Flüchtlingsschicksale beinahe vollständig ausklammert und das Schwergewicht auf juristische Aspekte und auf Zahlen über aufgenommene und abgewiesene Flüchtlinge legt, erzeugt wenig Betroffenheit. Die Schicksale der Abgewiesenen bleiben bei Ludwig unbekannt. Anders bei Häslar, der mit seinem 1967 erschienenen Buch «Das Boot ist voll» die Einzelschicksale als Anschauungsmaterial zum zehn-

Jahre zuvor erschienenen Ludwig-Bericht schildert. Einer persönlichen Stellungnahme zu Ludwigs nüchterner Darstellung der behördlichen Flüchtlingspolitik kann sich der Leser leicht entziehen; es sind vielmehr die unzähligen, seit Erscheinen des Ludwig-Berichts aufgearbeiteten Einzelschicksale von abgewiesenen Flüchtlingen, die heute entschieden eine moralische, ethisch wertende Stellungnahme verlangen.

Was für die Flüchtlingspolitik gezeigt wurde, gilt vielleicht in noch ausgeprägterem Masse für die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zum Dritten Reich: dass die öffentliche Meinung und der Integritätsverlust die betroffenen Unternehmen schwerer schädigen kann als mögliche juristische Folgen des Bekanntwerdens von die elementarsten Gebote zwischenmenschlichen Handelns missachtenden Geschäftspraktiken. Die öffentlichen Reaktionen in bezug auf das Ausmass der Kollaboration der Schweizer Wirtschaft mit dem Dritten Reich sind bereits heute nicht gering; sie werden jedoch deutlich heftiger werden, nachdem der Diskussionsgegenstand nicht mehr verallgemeinernd «die Schweizer Wirtschaft» sein wird, sondern heute nicht mehr zu rechtfertigende Geschäfte noch bestehender Schweizer Unternehmen, die aus der Notlage von Verfolgten des Nationalsozialismus scheinbar ohne jede ethische Verantwortung wirtschaftliche Vorteile gezogen haben.

Der Legalismus-Vorwurf hängt eng mit den ge-

schilderten Gründen für die Verlagerung der Diskussion von der juristisch-sachlichen auf die moralisch-emotionale Ebene zusammen. Er wird mit grosser Regelmässigkeit immer dort erhoben, wo sich die offizielle Schweiz juristisch zwar korrekt verhielt, es jedoch an jeglicher Sensibilität für die Situation der Opfer des Nationalsozialismus – sei es während des Krieges, sei es danach – vermessen liess.

## Die moralische Frage als eigentliche Herausforderung

Nebst der zu Recht mit grossen Anstrengungen betriebenen Aufarbeitung der «Schatten des Zweiten Weltkriegs» und den unzähligen Darstellungen und Gegendarstellungen, Anschuldigungen und Rechtfertigungen, die noch folgen werden, wird die seit Beginn der Auseinandersetzungen um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg die Diskussion dominierende moralische Frage bisher explizit nur wenig thematisiert. Die moralische Frage ist nicht nur Teil der historischen Aufarbeitung, sie geht darüber hinaus und wird zur Aufgabe der Politik; sie wird dort zur Aufgabe der Politik, wo es um Fragen nach einer möglichen Schuld und deren Wiedergutmachung, aber auch um die Klarstellung unhaltbarer, moralisch begründeter Anschuldigungen und um Stellungnahmen zu instrumentalisierten Interpretationsmodellen zur Schweizer Geschichte geht.

Letztlich ist es immer wieder die nach neu gewon-

nenen historischen Erkenntnissen sich stellende moralische Frage, welche die Öffentlichkeit, die Aktivdienstgeneration und die Nachkriegsgenerationen, mehr bewegt als die eigentlichen historischen Forschungsergebnisse. Eine moralische Wertung wird die in- und ausländische Forschung sehr wohl vornehmen; Antworten auf Fragen nach der damaligen wie heutigen politischen Verantwortung und insbesondere auf Fragen nach der moralisch fundierten Bewältigung der Ergebnisse der laufenden Untersuchungen werden jedoch von der politischen Führung erwartet. Sie wird gut daran tun, die Antworten rechtzeitig selbst zu formulieren und sich diese nicht unvorbereitet vorlegen zu lassen.

Die historische Aufarbeitung ist das eine, das moralische Urteil über die damals Handelnden und die heute Verantwortlichen das Entscheidende. Mit historisch untermauerten moralischen Anschuldigungen wurde die Kampagne gegen die Schweiz eröffnet und bisher mit grossem Erfolg geführt. Mit einem moralischen Urteil über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg wird die Debatte enden. Noch ist Zeit, den moralischen Anschuldigungen mit moralischer Grösse zu begegnen und dadurch die Diskussion über die Moral der Schweiz und der Schweizer im Zweiten Weltkrieg jenseits aller bereits bekannten und noch bekannt werdenden historischen Erkenntnisse positiv zu beeinflussen, damit das Urteil über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg kein vernichtendes sein wird. ■

ENERGIEPOLITIK ◊ *Zeit reif für konstruktive Vorschläge*

# Ordnungspolitische Anforderungen an Lenkungsabgaben

**In der dritten Augustwoche hat die ständerätliche UREK, das ist die vorbehandelnde Ratskommission, die sich unter anderem mit dem Energiegesetz zu befassen hat, mit neun gegen eine Stimme und bei einer Enthaltung beschlossen, den vom Nationalrat in der Junisession angenommenen «Solarartikel» wieder aus dem Gesetz zu streichen. Bei diesem klaren Resultat kann davon ausgegangen werden, dass auch das Ratsplenum im September in diese Richtung entscheiden wird.**

FDP-STÄNDERÄTIN  
ERIKA FORSTER,  
ST. GALLEN



Gemäss dem fraglichen Artikel 14<sup>bis</sup> würde stufenweise eine «Lenkungsabgabe» von 0,6 Rappen/kWh auf die nicht erneuerbaren Energieträger Erdöl, Erdgas, Uran und Kohle eingeführt. Der Ertrag wäre je zur Hälfte zur Förderung der Sonnenenergie sowie zur rationellen Energienutzung zu verwenden. Es wird mit Einnahmen von rund 1,3 Milliarden Franken gerechnet, die sich aus einer Verteuerung des Heizöls und Erdgases von über 20 Prozent, des Benzins von rund 6,5 Rappen und des Stroms von etwa 0,7 Rappen/kWh ergäbe. Die Einnahmen würden in Form von Subventionen verteilt, mit der Idee, damit Alternativenergie konkurrenzfähig zu machen.

## Ewiggestrig?

Wie nicht anders zu erwarten war, sind nun viele Befürworter von sogenannten Alternativenergien wie natürlich auch die potentiellen Subventionsempfänger vom UREK-Entscheid enttäuscht. Sie sehen eine

Chance vertan, eine zukunftsweisende, ökologisch verantwortungsbewusste Energiepolitik zu betreiben. Viele glauben gar, die ständerätliche Kommission sei eben stark von traditioneller Energielobby durchsetzt oder gehöre zu den «ewig Gestrigen», denen es noch nicht «gedämmert» habe.

Nach meiner Auffassung ist dem aber nicht so: Denn

das Thema Förderung der Solarenergie ist nicht weg von der parlamentarischen Agenda. Vom Tisch ist nicht die Solarenergie, sondern die Idee, die Solarenergie mit staatlich-planwirtschaftlichen Mitteln «coûte que coûte» fördern zu wollen. Die 1993 eingereichte, über-rissene Solarinitiative und weitere extreme Volksbegehren zwingen uns, weiterhin intensiv über praktikable Alternativen und Lösungsvorschläge nachzudenken und bessere Vorschläge auf den Tisch zu legen.

## Gigantischer neuer Subventionsapparat

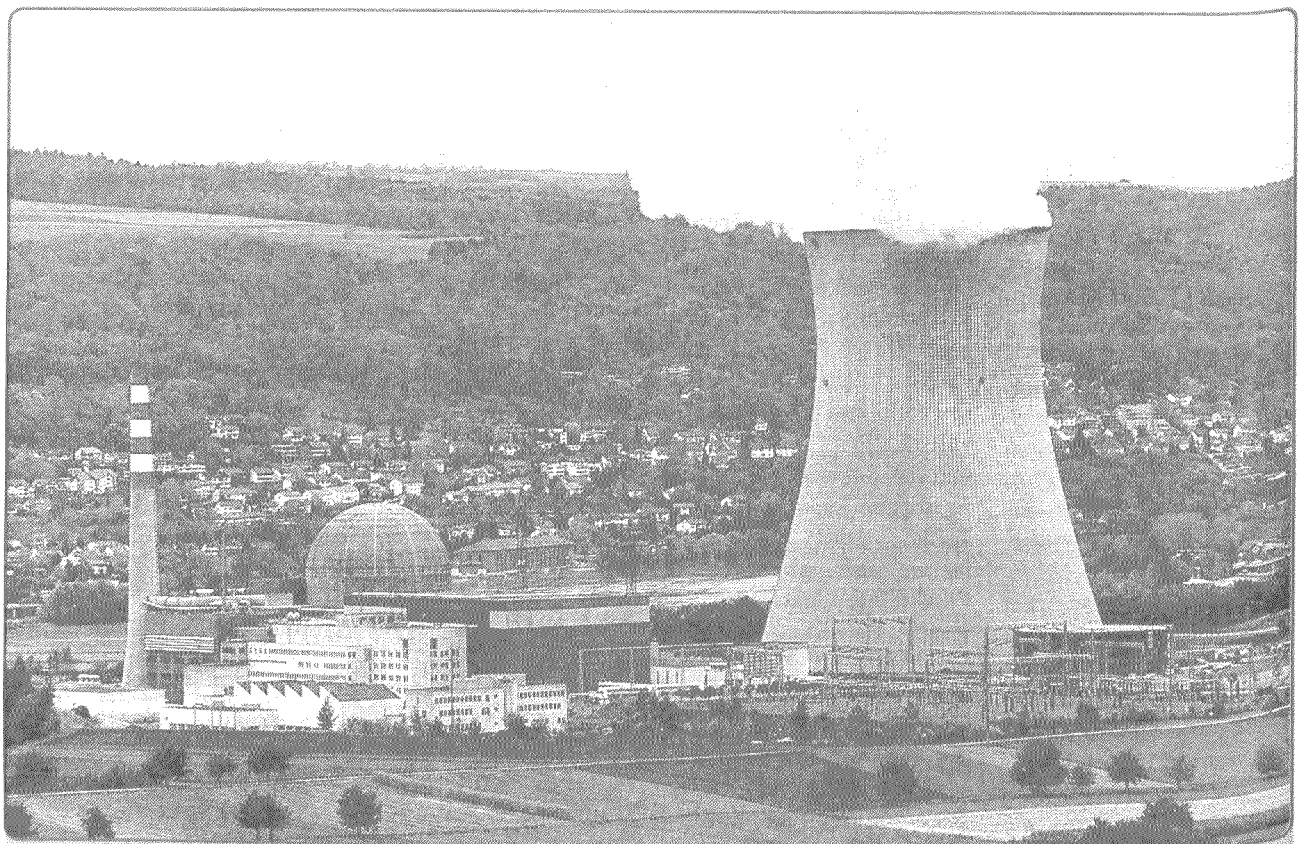
Weshalb nun aber die klare Ablehnung des fraglichen Artikel 14<sup>bis</sup>? Für mich waren und sind es neben der

nach dem Gutachten des Bundesamtes für Justiz wie auch gemäss einer Nationalfonds-Studie von Professor Vallender fehlenden Verfassungsmässigkeit vier Gründe:

■ Der erste liegt darin, dass es sich in Tat und Wahrheit bei der vorgeschlagenen Abgabe nicht um eine Lenkungsabgabe, sondern um eine Ressourcensteuer handelt. Nun ist es aber nach gängiger Lehre wie nach Erfahrung in einem marktwirtschaftlichen System so, dass mit einer Verteuerung der Ressourcen der gewünschte Lenkungseffekt nicht erreicht wird. Insbesondere dort, wo die Preiselastizität gering ist, wo massvolle Preiserhöhungen allein noch keinen Minder-

verbrauch mit sich bringen, überwiegen in der Regel die negativen volkswirtschaftlichen Konsequenzen. Bei einem tieferen Abgabesatz wäre diese Lenkung um so mehr illusorisch. Eine wirkliche Lenkungsabgabe, die man nicht in «Gänsefüsschen» zu setzen braucht, müsste erstens auf anderem Weg an die Konsumenten zurückerstattet werden und zweitens nicht auf den Ressourcen, sondern möglichst emissionsnah gestaltet werden. Positive Beispiele sind die Verbilligung von unverbleibtem Benzin oder die geplanten VOC- oder die CO<sub>2</sub>-Abgaben.

■ Der zweite – und wohl der wichtigste – Grund der Ablehnung liegt im ver-suchten Aufbau eines gi-



Soll auf Kosten der herkömmlichen . . . (Im Bild das AKW Gösgen)

(Photo keystone)



... die Alternativenenergie bevorzugt werden? (Im Bild Windenergieanlage Grenchenberg)  
(Photo keystone)

gantischen neuen Subventionsapparates mit einem jährlich wiederkehrenden Volumen von weit über einer Milliarde Franken. Und dies zugunsten eines einzigen, heute nicht konkurrenzfähigen Wirtschaftszweiges, nämlich der Solartechnik und des Haustechnikwesens im allgemeinen. Die mit solchen Beträgen verbundenen Wettbewerbsverzerrungen sind unabsehbar. Zudem würde eine Art staatlich verordneter Gewinnrenten geschaffen. Von einem marktwirtschaftlichen Mechanismus könnte jedenfalls keine Rede sein, und der Anreiz, mit weiterem technologischem Fortschritt Alternativenenergien konkurrenzfähiger zu machen, würde gewiss geringer.

Der dritte Ablehnungsgrund liegt im Umstand, dass das Verteilen von Subventionen bekanntlich eine subjektive Angelegenheit

ist. Sicher ist sie von Verteilungskämpfen begleitet und setzt deshalb einen politischen und administrativen Apparat in Bewegung, wie wir ihn von der Landwirtschaftspolitik her kennen. Dieser Apparat und die damit verbundenen Zänkeereien müssen Bürger und Bürgerinnen berappen und erdulden. Die Verteilung von Milliardensubventionen durch die Wirtschaftsverbände – wie es die Initianten vorschlugen – ist unpraktikabel.

Die Behauptung – viertens –, dass mit der Abgabe per saldo Zehntausende neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, bleibt vorläufig unbewiesen. Sicher werden bei so hohen Subventionen Arbeitsplätze geschaffen. Aber: Wo höhere Kosten anfallen, werden in der Regel auch Arbeitsplätze vernichtet, weil die Konkurrenzfähigkeit verlorengegangen ist.

Das Ergebnis ist eine Vergrößerung der strukturellen Sockelarbeitslosigkeit, weil die Qualifikationsprofile der vernichteten und der neugeschaffenen Arbeitsplätze nicht übereinstimmen. Würde das nicht geschehen, könnte ja mit irgendwelchen Steuern die Wirtschaft zusätzlich belastet werden, um dann mit Subventionen Arbeitsplätze zu schaffen, also eine gezielte Industriestrukturpolitik. Dass diese Politiken gescheitert sind, wissen wir nicht erst seit dem Zusammenbruch der Planwirtschaften Osteuropas, sondern auch wegen der schlechten Erfahrungen mit der französischen «Planification».

#### Anforderungen an Lenkungsabgaben

Trotz der Ablehnung des Solarartikels im Energiegesetz bin ich aber vehemente Befürworterin von besseren

Rahmenbedingungen zur Förderung von erneuerbaren Energien. Wie eine Grosszahl anderer Parlamentarierinnen und Parlamentarier bin ich der Auffassung, dass die Zeit reif ist, sich über sinnvolle Lenkungsabgaben im Umweltbereich Gedanken zu machen. Um «Betriebsunfälle» wie den vorliegenden zu vermeiden, müsste man sich aber vorerst über Ziel und Ausgestaltung von Lenkungsabgaben einig sein. Es ist deshalb wichtig, die Anforderungen an solche Abgaben in Erinnerung zu rufen:

Lenkungsabgaben müssen bei den Emissionen ansetzen und nicht bei den Ressourcen. Positive Beispiele dafür habe ich erwähnt. Abgaben, welche bei den Ressourcen ansetzen, führen nicht direkt zu Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte, sondern verteuern einfach einmal.

Die Abgaben müssen haushaltneutral sein, d.h., sie sind auf anderem Weg zurückzuerstatten. Die Marktteilnehmer müssen somit – vor die Alternative gestellt – Emissionen aus eigenem Antrieb reduzieren können und sollen dafür belohnt werden.

Die Lenkungsabgabe darf nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Und zwar weder im Inland noch im Aussenhandel. Eine Abgabe, welche zurückerstattet wird, verzerrt nicht oder wenig, eine solche, welche die Energieträger so unterschiedlich belastet wie die vom Nationalrat vorgeschlagene Ressourcensteuer mit dem darauf aufbauenden Subventionsmechanismus, hingegen sicher.

Die Lenkungsabgabe darf schliesslich nicht mit anderen Zielen oder Massnahmen unvereinbar sein. So ist beispielsweise zu prüfen, inwieweit die Förderung von Biomasse und der Rapsanbau mit den Zielen einer umweltnahen Land-

wirtschaft verträglich sind, handelt es sich doch um intensiven Anbau und wird eine schlechte Energieeffizienz vermutet.

Schliesslich darf die Lenkungsabgabe keinen Eingang in den Index der Lebenshaltungskosten finden, da sonst der Effekt in Kürze durch Einkommenserhöhungen ganz oder teilweise korrigiert wird.

#### Ordnungspolitisches Profil muss genügen

Im neuen Umweltschutzgesetz ist kürzlich der Startschuss für die ersten Lenkungsabgaben auf Schadstoffemissionen erfolgt. Und das CO<sub>2</sub>-Gesetz, welches demnächst zur parlamentarischen Beratung kommt, sieht als subsidiäres Instrument zur CO<sub>2</sub>-Emissions-Senkung ebenfalls eine Lenkungsabgabe vor. An der mit diesen Instrumenten vorgespurten Politik, dass die Einnahmen aus den Lenkungsabgaben nicht zweckgebunden verwendet werden dürfen, schon gar nicht für Subventionen, darf man auch in Zukunft nicht rütteln. Die Nutzung und Förderung des technologischen Know-how schweizerischer Unternehmungen im Bereich der Alternativenenergien darf nämlich auch in Zukunft nur marktwirtschaftlich oder im Rahmen bestehender oder künftiger Forschungsprogramme geschehen. Der Wettbewerb zwischen den Anbietern hat zu spielen, und es dürfen keine Subventionsrenten anfallen. Darüber, wie das zu geschehen hat, ist nachzudenken. Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft sind gefordert, Vorschläge auszuarbeiten. Die Zeit dafür ist reif, denn mit der Solarinitiative, der Energie-Umwelt-Initiative und einer Reihe anderer Vorstösse stehen Vorschläge im Raum, welche das geforderte ordnungspolitische Profil nicht erfüllen. ■

KOLUMNE

# Medienlandschaftsgärtner



Es herbstet. Die Blätter fallen. Das heisst hier prosaisch: die linke Presse serbelt. Oder sind wir es, die sie serbeln lassen? Klar ist, dass bei den roten Medien Ideologie und Bilanz oft die gleiche Farbe haben.

Deshalb wird fusioniert. Kluge Köpfe erfinden immer neue Kopfbblattsysteme. Dennoch kommt es zu Entlassungen beim Personal und zu Einstellungen bei den Titeln. Der letzte Leser kann, wie wir aus der Erfahrung mit der DAZ wissen, durchaus der Konkursrichter sein.

Darüber mag bei der rechten Presse Freude herrschen. Jede untergegangene Zeitung und Zeitschrift verbessert die Marktchancen der überlebenden. Das ist im Verdrängungswettbewerb und bei kleiner gewordenem Inseratenvolumen nicht unwesentlich. Im übrigen sind die Medien, die das Leserinteresse verschlafen, selber schuld.

Die Entwicklung darf auch die rechten Parteien mit Genugtuung erfüllen. Zwar sind ihnen die einstmals aufs engste verbundenen Blätter wegen fehlender Publikumsbegeisterung ebenfalls eingegangen,

aber unter den Verlagen bilden jene mit bürgerlich orientierten Tageszeitungen klar die Mehrheit. Das fördert die Verbreitung der entsprechenden Botschaften. Leserinnen und Leser sind bekanntlich auch Wählerinnen und Wähler. Das Prinzip Hoffnung funktioniert.

Kurz: wer das politische Herz auf dem rechten Fleck trägt, den wird die Herbststimmung im Blätterwald gewiss zu keiner Träne rühren.

Das ist die eine Sicht der Dinge. Sie stört sich weder an den Schwierigkeiten der sozialdemokratisch verpflichteten Tagespresse noch beispielsweise am Scheitern einer neuen Abendzeitung ähnlicher Provenienz. Im Gegenteil. Aber was unter parteipoliti-

schen Aspekten als Vorteil verstanden – oder missverstanden – wird, ist unter demokratischen entschieden ein Nachteil.

Im Sinne der Meinungsvielfalt und des publizistischen Ringens um die beste Lösung wäre eine starke Linkspresse ein Gewinn. Sogenannte Forumszeitungen, deren Standpunkt verwirlich von Artikel zu Artikel wechselt, bedeuten einen unbefriedigenden Ersatz, von den boulevardisierten Chamäleonblättern gar nicht zu reden. Der Klage darüber müssten Taten folgen.

Warum nicht eine Zweitzeitung abonnieren, die das eigene Weltbild mit anregenden Fragezeichen versieht? Das Leibblatt ist oft ein Brett vor dem Kopf. Warum wirbt die Wirt-

schaft, die eine linke Leserschaft als Käuferschaft keineswegs verabscheut, nicht auch kräftig in linken Zeitungen? Blindheit auf einem Auge lässt am Perspektivvermögen zweifeln.

Es herbstet. Aber wo? Die Presselandschaft gehorcht nicht unabänderlichen Gesetzen der Natur. Als Gärtnerinnen und Gärtner können wir Einfluss nehmen. Monokulturen sind eine Gefahr.

*Alex Bänninger,  
Publizist,  
Präsident  
des Freisinnigen  
Presseverbandes  
der Schweiz, Zürich*

## Informationspaket FDP

Mit dem «Informationspaket FDP» sind Sie bestens informiert. Sie erhalten einmal wöchentlich den Pressedienst der Partei, monatlich den «Freisinn» sowie viermal jährlich die «Politische Rundschau» zugestellt. Im Pressedienst finden Sie unter den Rubriken Aktuell, Wirtschaft, Session, Dokumentation usw. Wissenswertes, das insbesondere den Orts- oder Bezirkspräsidenten dienlich sein kann. Selbstverständlich erhalten Sie auch die offiziellen Communiqués der FDP der Schweiz. Die «Politische Rundschau» behandelt jeweils ausgewählte Themen ausführlich.

### Wir wünschen Zustellung von

- Informationspaket FDP Fr. 150.– (Jahresabonnement)
- Freie Schweizer Presseinformation (Jahresabonnement)
- Politische Rundschau Fr.20.– (Jahresabonnement)
- Der Freisinn Fr. 20.– (Jahresabonnement)

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

10/97

Bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per Fax (031) 320 35 00.

# SWISSEURO GLOBAL.

**SULZER**

Technologie schafft Werte



K.177

POLITIK-VERMITTLUNG  Interview mit Fredy Müller, dem ehemaligen BSV-Infochef

# Höhere Anforderungen an das Informationsmanagement

**Fredy Müller, ehemaliger Informationschef des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV), hat kürzlich die Stelle gewechselt und arbeitet jetzt als Senior Project Manager bei der Wirtschaftsförderung (wf). Der «Freisinn» hat ihn interviewt.**

**Freisinn: SIE ARBEITEN SEIT 2 MONATEN BEI DER WF IN ZÜRICH ALS SENIOR PROJECT MANAGER. WIE HABEN SIE DEN SCHRITT VON DER BUNDESVERWALTUNG IN DIE PRIVATWIRTSCHAFT VERDAUT?**

*Fredy Müller:* Sehr gut! Zum einen hat mich das hochinteressante Aktionsfeld der wf gereizt, diese neue Herausforderung in der Politikommunikation anzunehmen, und zum anderen war es für mich irgendwie klar, dass ich nach gut 7 Jahren Bundesverwaltung eine Veränderung wollte. Eine gewisse Routine finde ich nötig, aber ich bin eher der Typ, der von Zeit zu Zeit etwas Neues anpacken will, eine neue Verantwortung sucht! Meine bisherigen Erfahrungen kommen mir nun natürlich zugute, sei es die Zeit als Lehrer, Radioredaktor oder eben BSV-Infochef, denn alle haben mit Kommunikation zu tun.

**F: WELCHES WAREN FÜR SIE IM BSV DIE WICHTIGSTEN EREIGNISSE?**

*F.M.:* Besonders faszinierend war die Zeit rund um die Abstimmungen. Einerseits war es die intensive Auseinandersetzung mit komplexen und gesellschaftspolitisch äusserst aktuellen Vorlagen wie dem neuen KVG oder der 10. AHV-Revision. Andererseits war es die eigent-

liche Kampagnenarbeit: die aktive Zusammenarbeit mit den Abstimmungskomitees, mit Parteien, Verbänden, Parlamentariern sowie mit Politikern draussen in den Kantonen und Regionen. Bei dieser Gelegenheit habe ich auch das Einmaleins des helvetischen Politikalltags kennengelernt. Dabei ist mir aufgefallen, dass so komplizierte Sachvorlagen vom Durchschnittsbürger kaum mehr verstanden werden und ihn schlicht überfordern. Daraus habe ich meine Lehren gezogen.

**F: WAS SCHLAGEN SIE KONKRET VOR, WO SOLL DER HEBEL ANGESETZT WERDEN?**

*F.M.:* Die Sozialversicherungen sind für die meisten Leute ein Buch mit 7 Siegeln, weil sie das System nicht verstehen. Ich habe deshalb schon vor Jahren eine breite Aufklärungskampagne vorgeschlagen. Das Projekt scheiterte aber regelmässig am Geld und am politischen Willen, etwas zu unternehmen. Man kann doch nicht dauernd von Solidarität und sozialem Frieden reden, ohne den Leuten zu erklären, was damit gemeint ist. Die AHV-Gründergeneration und einige Ausgewählte haben eine gewisse Ahnung von den Sozialwerken, aber das Gros der Leute heute weiss praktisch nichts dar-



**Fredy Müller: «Der Gesamtbundesrat braucht endlich eine moderne und funktionierende Kommunikationsdrehscheibe.»**

über. Von daher ist es gar nicht erstaunlich, dass mit der Rezession auch die soziale Frage wieder schlagartig ins politische Blickfeld gerückt ist und damit auch die Verunsicherung der Bevölkerung. Offene Briefe und Moratoriumsforderungen haben die ganze Sache noch zusätzlich angeheizt. Deshalb gibt es für mich nur eines: Information. Denn nur aufgeklärte Bürger sind auch «mündige» Bürger und werden weniger leicht zum Spielball von Polarisierungen. Wie im Gesundheits- und Umweltbereich sollten Aufklärungskampagnen auch im Bereich der sozialen Sicherheit selbstverständlich sein, wenn wir die inskünftig härter werdenden Verteilungskämpfe etwas dämpfen wollen.

**F: SIE SIND MIT DER POLITIKVERMITTLUNG UND DEN KOMMUNIKATIONSLEISTUNGEN DES BUNDESRAATES NICHT IMMER GANZ EINVERSTANDEN?**

*F.M.:* Ja, an die Adresse des Bundesrates muss ich folgendes sagen:

■ Zuerst etwas ganz Banales: Neue Gesetze sind erklärungsbedürftig. Man kann doch heute nicht mehr Gesetze und wichtige Vorlagen erlassen, ohne die Informationsfrage zu klären. Das heisst, es braucht frühzeitige, regelmässige und umfassende Kommunikationsanstrengungen. Negatives Beispiel: neues KVG. Positives Beispiel: 10. AHV-Revision.

■ Legislaturziele und politische Schwerpunktthemen sind unbedingt mit den ent-

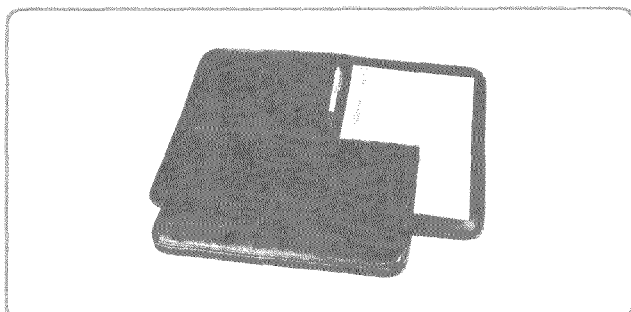
sprechenden Informations- und Öffentlichkeitsarbeitskonzepten zu koppeln. Damit liessen sich auch die Realisierungschancen wichtiger Projekte besser abschätzen und beurteilen, denn die Kommunikationsfähigkeit von bestimmten Vorlagen mutiert zur Schicksalsfrage bei gewissen Themen. Negatives Beispiel: Solidaritätsstiftung etc.

■ Der Gesamtbundesrat braucht endlich eine moderne und funktionierende Kommunikationsdrehscheibe. Das Kommunikationsverhalten des Gesamtgremiums und der Bundeskanzlei wirkt meist ziemlich unkoordiniert und hilflos. Doch auch die jüngst verkündeten Massnahmen zur effizienteren Regierungstätigkeit sind auf der kommunikationspolitischen Ebene völlig ungenügend. Der Bundesrat geht immer noch von der falschen These aus, dass die Information lediglich für ausserordentliche Lagen zu verbessern sei. Doch die Professionalität eines Regierungsteams zeigt sich gerade im normalen Politalltag. Nur wer das Kommunikationshandwerk im politischen Alltag beherrscht (und der ist zurzeit mehr als ausserordentlich!), ist für den Ernstfall gerüstet.

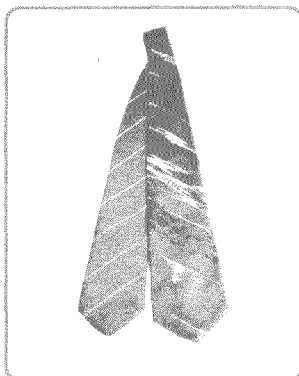
Zum Schluss nur noch ein Satz. Ich denke, die Politikvermittlung resp. die Kommunikationsfähigkeit von politischen Inhalten wird immer mehr zur Schicksalsfrage unseres Regierungssystems, und dies ist nicht ganz unbedeutend!

# Herbst!

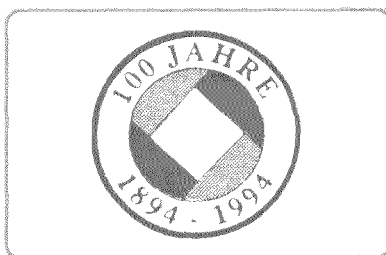
Die FDP hat eine Reihe von qualitativ hochstehenden Accessoires mit einem diskret-elegantem «Touch» Freisinn. Wir stellen sie Ihnen hier auf dieser Seite vor. Wollten Sie nicht schon längst dieses oder jenes jemandem oder sich selber schenken? Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt dafür! Benutzen Sie dafür unsere neue Konferenzmappe, tragen Sie eine FDP-Krawatte, stecken Sie sich einen Pin an, verschenken Sie die Festschrift «Hundert Jahre FDP».



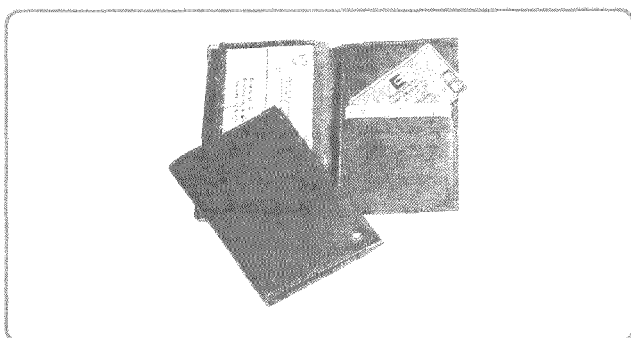
Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.



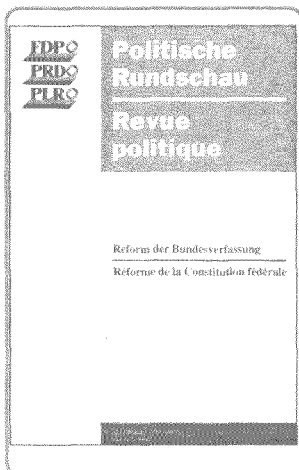
Die Krawatte classic oder die Krawatte New look, die Mann einfach haben muss.



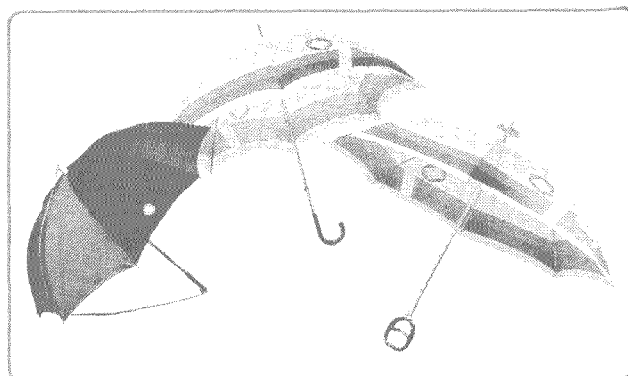
Der FDP-Pin, den es nur alle 100 Jahre gibt.



Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem aus bestem Anilinleder in Bordeaux.



Die Festschrift mit 24 Beiträgen von klugen Köpfen: ein Buch von 245 Seiten für die Schweiz von gestern, heute und morgen.



Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.



Weiter ist das neue Foulard der FDP erhältlich. Wie die bisherigen besteht es aus 100 Prozent reiner Seide, Satin Crêpe, ist 90-90 Zentimeter gross und natürlich in den Farben Rot/Blau/Weiss/Schwarz gehalten.

## Talon

ICH BESTELLE:

- |                                     |                                      |
|-------------------------------------|--------------------------------------|
| ___ Ex. Konferenzmappe à Fr. 40.-   | ___ Ex. Holzschirm à Fr. 35.-        |
| ___ Ex. FDP-Pin 100 Jahre à Fr. 5.- | ___ Ex. Krawatte classic à Fr. 40.-  |
| ___ Ex. Portefeuille à Fr. 44.-     | ___ Ex. Krawatte New look à Fr. 40.- |
| ___ Ex. Doppelschirm à Fr. 30.-     | ___ Ex. Festschrift à Fr. 15.-       |
| ___ Ex. Sportschirm à Fr. 30.-      | ___ Stück FDP-Foulard 95 zu Fr. 50.- |

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.

STUDIEN TAGUNG ◉ Liberalisierung des Strommarktes

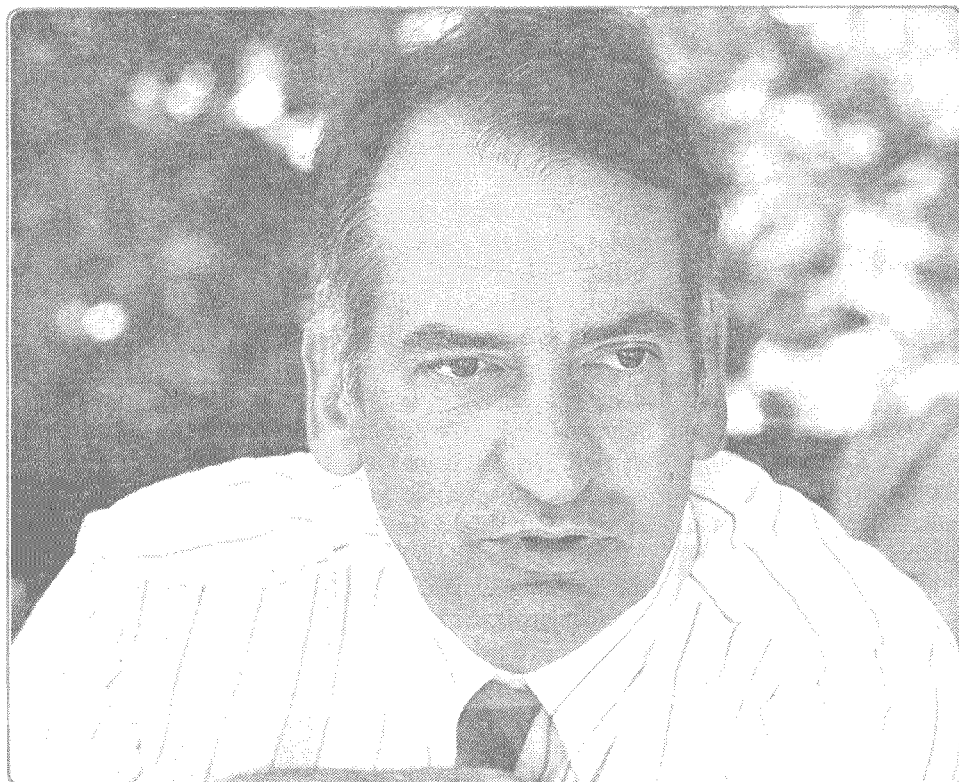
# Öffentliche Debatte notwendig

**Die Liberalisierung des Strommarktes wird von vielen noch nicht in ihrer vollen politischen und wirtschaftlichen Tragweite erkannt. Starke wirtschaftliche Interessen und für Generationen sicher scheinende Gleichgewichte werden in Frage gestellt werden. Das ist weit mehr als nur ein technisches Problem. Grund genug, die Diskussion aus den spezialisierten Kreisen hinaus in die Öffentlichkeit zu tragen. Insbesondere die Parteien müssen Stellung beziehen.**

## Faktisch besteht ein Monopol

Der Konsument muss – unabhängig von seiner Bezugsmenge – über seinen Lieferanten frei entscheiden können. Hier stellt sich bereits das Problem des Energietransports. Da ergibt sich ein erstes Hindernis. Aus Gründen des Umweltschutzes, namentlich des Landschaftsschutzes, kann eine Konkurrenz unter den Netzanbietern nicht zugelassen werden. Neue Leitungen können nur gebaut werden, wenn mangelnde Kapazitäten nachgewiesen werden können. Faktisch existiert also ein Monopol. Eine Lösung muss gefunden werden, um das Hindernis zu umgehen: Sei es eine nationale Gesellschaft, sei es der freie Netzzugang, überwacht durch eine Behörde, die nötigenfalls die Tarife festlegt.

Im weitern wird die Frage der sogenannten «Investitionsruinen» – Kraftwerke, die sich bei der heutigen Gesetzeslage sehr langsam amortisieren – aufgeworfen. Die Marktöffnung wird diese Werke in eine lebendige Konkurrenzsituation versetzen. Ein neuer, wesentlich kürzerer Abschreibungsrhythmus ist unerlässlich. Der Druck des Marktes lässt das aber nicht zu. Soll zu diesem Zweck auf die öffentliche Hand abgestellt werden oder auf die Konsumenten? Im Prinzip gibt es dazu keine Gründe. Andere Branchen haben sich ohne staatliche Beihilfe restrukturieren müssen. Dennoch wird man in diesem Bereich angesichts der Grösse des Problems und der Umstände nicht um einen Kompromiss herumkommen. Allerdings darf



FDP-Nationalrat Pascal Couchepin: «Der Kompromiss darf nicht als Vorwand dienen, um die Liberalisierung zu blockieren oder politische oder ideologische Forderungen durchzusetzen.»

FDP-NATIONALRAT  
PASCAL COUCHEPIN,  
MARTIGNY (VS)

Grundsätzlich ist die totale Öffnung langfristig der einzig mögliche Weg aus liberaler Sicht. Dies heisst, dass die Monopole auf allen Ebenen abgeschafft werden müssen.

## ZUM THEMA

Die Liberalisierung des Strommarktes wird von vielen noch nicht in ihrer vollen politischen und wirtschaftlichen Tragweite erkannt.

Der Konsument muss – unabhängig von seiner Bezugsmenge – über seinen Lieferanten frei entscheiden können.

Andere Branchen haben sich ohne staatliche Beihilfe restrukturieren müssen.

dieser Kompromiss nicht als Vorwand dienen, um die Liberalisierung zu blockieren oder politische oder ideologische Forderungen durchzusetzen. Denken wir nur an die verschiedenen Energiesteuern, die einige Politiker erheben möchten.

## Werkplatz soll gewinnen

Wer profitiert letztlich von der Liberalisierung? Diese Frage kann auch umgekehrt werden. Wer würde Nachteile erleiden, wenn die Liberalisierung scheitert? Und da ist die Antwort schon viel klarer: Die gesamte Wirtschaft, der Werkplatz Schweiz würde verlieren, wenn diese «Übung» keinen Erfolg hat. Wir wollen gewinnen. Zu diesem Zweck soll die Debatte rasch in die Öffentlichkeit getragen werden. ■

# FDP auf Internet

Besuchen Sie uns auf dem World-Wide-Web!

Unsere Adresse:

E-Mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)

www: <http://www.fdp.ch>

NEAT-ENTSCHEIDUNG St. Galler FDP enttäuscht

# Zukunftsperspektiven Ostschweiz

**Enttäuschung über die Bundespolitik in Bern äussert die Kantonalpräsidentin der St. Galler FDP. Die Zukunftsregion St. Gallen werde nicht wahrgenommen.**

**KARIN KELLER-SUTTER, PRÄSIDENTIN DER FDP-KANTONALPARTEI ST. GALLEN**

Die Ostschweiz und damit auch der Kanton St. Gallen haben sich in der Vergangenheit immer wieder enttäuscht über verschiedene Entscheide der Bundespolitik gezeigt. Tatsächlich entsteht der Eindruck, dass für das «offizielle Bern» die Schweiz östlich von Zürich aufhört.

## Kampf für optimale Rahmenbedingungen

Es liegt nahe, dass die Beziehungen zwischen einem

Gliedstaat und der Zentralgewalt sehr eng sind, hängen doch beide Kräfte stark voneinander ab. Der Kanton St. Gallen als Grenzregion wird jedoch auch durch seine Beziehungen zu anderen Kantonen sowie zum benachbarten Ausland geprägt. So hat er schon lange vor der EWR-Abstimmung Kontakte mit seinen ausländischen Nachbarn aufgenommen und diese ständig vertieft. Der St. Galler Freisinn unterstützt diese verstärkte Integration in die EUREGIO Bodensee sowie die Öffnung innerhalb des Dreiländerecks Deutschland, Österreich, Schweiz. Gerade weil die FDP das Zukunftspotential dieser grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erkannt hat, kämpft sie für optimale Rahmenbedingungen im Kanton. Ein erster Tatbeitrag wurde mit der Teilab-



Die neue Präsidentin der FDP des Kantons St. Gallen, Karin Keller-Sutter, ist unzufrieden damit, wie das «offizielle Bern» die Zukunftsregion St. Gallen in wichtigen Entscheiden übergeht.

schaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer erbracht. In der laufenden Steuergesetzesrevision müssen nun vor allem Zeichen im Unternehmenssteuerrecht gesetzt werden.

Weitere Voraussetzungen für eine attraktive und eigenständige Ostschweiz sind auch die Sicherstellung des Anschlusses an die Neat, die Schaffung moderner Vernetzungsmöglichkeiten in der Telekommunikation und Informatik sowie die Koordination und der Zusammenschluss der regionalen Aus- und Weiterbildungsangebote.

Die St. Galler FDP ist denn auch sehr enttäuscht über den Neat-Entscheid des Nationalrates. Die Priorisierung des Lötschbergs und die Reduktion der Ostschweizer Anliegen auf ein Minimum zeigen, dass das Verkehrspotential aus Nord- und Osteuropa in Bern nicht erkannt wird.

Der Kanton St. Gallen ist Teil einer zukunftsorientierten Region und fordert denn auch aus Bern zukunftsorientierte Lösungen. ■

## Berner FDP Frauen:

### Dora Andres kandidiert als Regierungsrätin

Am Kontaktfrauen-Treffen der Vereinigung der freisinnigen Frauen Bern (VFF) wurden wichtige Weichen für die Grossrats- und Regierungsratswahlen 1998 gestellt. Mit Dora Andres kandidiert gleich die VFF-Präsidentin persönlich für das freiwerdende FDP-Regierungsratsmandat. Die Kontaktfrauen der VFF haben entschieden, Ende Oktober 1997 anlässlich einer ausserordentlichen Hauptversammlung zuhanden der FDP-Delegiertenversammlung eine Wahlempfehlung abzugeben. Um die beste Kandidatur unterstützen zu können, müssen die VFF-Frauen die Möglichkeit haben, alle Kandidatinnen und Kandidaten anzuhören.

## Einführungsabend der FDP-Frauen Schweiz

### Internet für Politikerinnen und Politiker

- Wann: Montag, 17. November 1997, 19.00 Uhr bis 21.00 Uhr
- Wo: Hohlstrasse 201, Zürich (Details erhalten Sie mit der Anmeldung)
- Kosten: Fr. 75.--
- Was: Welche Inhalte auf dem Internet sind für politisch Interessierte vorhanden? (z. B. Räte, Parteien, Medien usw.) Was benötige ich, um am Internet teilzunehmen? Wie finde ich Informationen? E-mail: Wird es Post und Fax bald ersetzen? Muss meine Ortspartei aufs Internet und wenn ja, wie?
- Kursleitung: Frau Beatrice Seiterle-Weiss, Beraterin für Informatik und Organisation, Vorstandsmitglied FDP-Frauen Schweiz.

Die Veranstaltung findet in den Schulungsräumen eines Internetproviders statt. Es besteht somit Gelegenheit, alles ausgiebig zu probieren und selbst zu «surfen». Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Bitte melden Sie sich mit untenstehendem Talon an.

## PERSONALIEN

### Karin Keller-Sutter

**GEBURTSDATUM:** 22. Dezember 1963

**WOHNORT:** 9500 Wil

**BERUF:** dipl. Übersetzerin, dipl. Konferenzdolmetscherin, selbständig. Lehrbeauftragte KV St. Gallen (KV und BMS).

**POLITIK:** 1992 als 28-jährige in den Gemeinderat der Stadt Wil gewählt (Legis-

lative). 1993–1997 Mitglied ständige Bau- und Verkehrskommission, seit 1993 Mitglied der kantonalen Parteileitung FDP (Frauenbeauftragte der Kantonalpartei), seit 1996 Vorstandsmitglied Kantonal St. Gallischer Gewerbeverband. 1997 Präsidentin Stadtparlament Wil mit 33 Jahren. Präsidentin FDP Kanton St. Gallen.

## Termine der Präsidentinnenkonferenzen 1998

Donnerstag, 12. März 1998, Zürich

Donnerstag, 10. September 1998

### Hinweis

Die Präsidentinnenkonferenz steht allen interessierten Präsidentinnen lokaler, regionaler und kantonalen Frauengruppen offen. Stellvertretung oder Doppelpräsenz ist ohne weiteres möglich. Eine Anmeldung ist in der Regel nicht erforderlich.

## Anmeldetalon

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_ PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Tel. für Rückfragen: \_\_\_\_\_

Anmeldung bis zum 15. Oktober 1997 an:  
Beatrice Seiterle-Weiss, Pfaffensteinstrasse 4,  
8118 Pfaffhausen. Fax (01) 826 11 45, bseiterle@swissonline



**WETTBEWERB** Was zeigt wohl Johannes Matyassy mit seinen Fingern?

# Was ist so klein?

GUS. An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 16. August 1997 in Zug diskutierte die FDP Schweiz über ihre Reformvorschläge in der Sozialpolitik. Unser Fotograf hat Nationalrätin Christiane Langenberger (VD) und FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy auf dem Podium der Geschäftsleitung erwischt, wie sie gerade nicht der Rede von FDP-Präsident Franz Steinegger lauschen. Vielmehr waren die beiden – Johannes Matyassy schon sichtbar ermüdet,

Nationalrätin Christiane Langenberger noch sehr aufmerksam – intensiv mit der Frage beschäftigt, wie klein oder wie gross wohl... Halt, jetzt hätten wir schon fast zuviel verraten.

Die «Freisinn»-Redaktion stellt Ihnen die Frage, was denn wohl so klein sei. Ist es das SVP-Konzept in der Sozialpolitik, das nur so weit entfernt von den FDP-Vorstellungen ist? Ist der finanzpolitische Spielraum von Bundesrat Kaspar Villiger schon derart klein geworden?

Unter den originellsten und humorvollsten Einsendungen verlosen wir wiederum ein FDP-Portefeuille und ein FDP-Foulard. Die besten Einfälle werden in der nächsten Ausgabe des «Freisinn» vorgestellt. Wir hoffen auf Ihre Mithilfe, liebe Leserinnen und Leser, bei der Suche nach dem kleinen Unterschied... ■



FDP-Nationalrätin Christiane Langenberger und FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy bei der Diskussion über den kleinen Unterschied. (Photo rufi)

## Herzlich willkommen, Claudia Kohlschütter

Anfang Monat hat eine neue Mitarbeiterin in der Zentrale der FDP Schweiz in Bern ihre Arbeit aufgenommen. Claudia Kohlschütter ist 31 Jahre jung und hat einen grossen Teil ihrer Jugend und ihrer Ausbildung im Ausland verbracht.

Letztes Jahr schloss sie ihr Politologiestudium an der Universität Freiburg

i. Br. ab. Im Generalsekretariat ersetzt sie Peter Grünenfelder, der künftig für die kantonale Verwaltung Zürich tätig sein wird. Claudia Kohlschütter wird die folgenden Dossiers betreuen: Finanz- und Steuerpolitik, Gesellschafts- und Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Verkehrspolitik, internationale Kontakte, FDP Schweiz International

sowie Teile der politischen Analyse.

Die Crew vom Generalsekretariat heisst sie recht herzlich willkommen.

(Talon zum Herausschneiden)

### Ich weiss, was so klein ist:

« \_\_\_\_\_ »

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Einsenden oder faxen an:  
FDP der Schweiz, Wettbewerb «Freisinn»,  
Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.



## 99 Einladungen weltweit.

Das Internet voll im Griff mit einem Computer-Kurs von DIGICOMP.

Planen Sie heute den Erfolg von morgen. Mit der führenden Informatik-Schule in Ihrer Nähe.

Telefon 0844 844 822

Zürich Schlieren Basel  
Bern Luzern Brugg  
St. Gallen Rapperswil  
Winterthur Lausanne  
Genève Lugano

**DIGICOMP**<sup>®</sup>  
COMPUTERSCHULE

# Gewinnt die SP die Schachpartie?

Während die Politik noch bis vor kurzem eine reine Männerangelegenheit war, stehen schon seit Jahrhunderten auf jedem Schachbrett eine weisse und eine schwarze Dame. Man kann einen Bauern – Andrea Hämmerle? – in eine Dame – Ursula Koch? – umwandeln und, wenn der Gegner sehr viel schwächer ist, eventuell sogar mit mehreren Damen – Präsidentin Ursula Koch, Vizepräsidentinnen Francine Jeanprêtre und Ruth-Gaby Vermot, Parteisekretärin Barbara Haering Binder, Fraktions-

präsidentin Ursula Hafner, Bundesrätin Ruth Dreifuss – eine Partie zu Ende spielen. (Ein Kasparow oder ein Karpow würde allerdings spätestens dann, wenn er die dritte Dame besässe, das Endspiel in Angriff nehmen; in diesem Sinne sind die Sozialdemokraten keine klassischen Schach-Grossmeister.)

Die Dame auf dem Schachbrett entspricht nur in einem Punkte dem konservativen Weiblichkeitsideal: Sie opfert sich bedingungslos für ihren Chef, den König, auf. Mit Recht

weisen unsere Politikerinnen – ob freisinnig, sozialdemokratisch, grün, CVP oder SVP – den Vergleich mit der Schach-Dame entrüstet zurück. Sie möchten nicht die extremen Powerfrauen sein, die auf die gegenwärtige Mannschaft furchterregend wirken und vor denen solide Belagerungstürme in Schutt und Asche versinken. Und erst recht sehen sie sich nicht als «Figuren» in der Hand eines Kasparow oder eines Karpow, sondern sie wollen ihre Karriere nach eigenen Wünschen gestalten.

Gleichwohl sind einige Parallelitäten unverkennbar: Im Schachspiel entscheidet oft nicht die blosse Zahl, sondern die Position; häufig gewinnt eine Seite deshalb, weil bei ihr die Dame besser steht. Auch in der Politik müssen wir den Frauen diejenigen Wirkungsfelder zugänglich machen, wo ihre Arbeit die angemessene Beachtung findet.

Nachdem schon zwei CVP-Frauen – Elisabeth Blunschy-Steiner (SZ) und Judith Stamm (LU) – sowie zwei Sozialdemokratinnen – Hedi Lang-Gehri (ZH)

und Gret Haller (BE) – den Nationalrat präsidieren, gehört so bald wie nur möglich eine freisinnige Parlamentarierin auf diesen Posten. Der SP-Mann Ernst Leuenberger «im Sandwich» zwischen zwei bürgerlichen Ratspräsidentinnen: Das wäre ein schönes Gegenbild zu der sonst so verbreiteten linken und grünen Frauendominanz!

Dazu braucht es aber eine Frau, die sich der Herausforderung des Amtes stellt.

*Tilmann Wernle, Basel*

## FDP auf Internet

Besuchen Sie uns auf dem World-Wide-Web!

Unsere Adresse:  
E-Mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)  
www: <http://www.fdp.ch>

### IMPRESSUM

#### Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Neuen-gasse 20, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)

#### VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

#### INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

#### DRUCK:

NZZ-Druckzentrum, Schlieren  
Einzelnummer Fr. 2.–  
Jahresabonnement Fr. 20.–

## Was meinen Sie?

Haben Sie sich gefreut, geärgert? Schreiben Sie uns!

### Unsere Adresse:

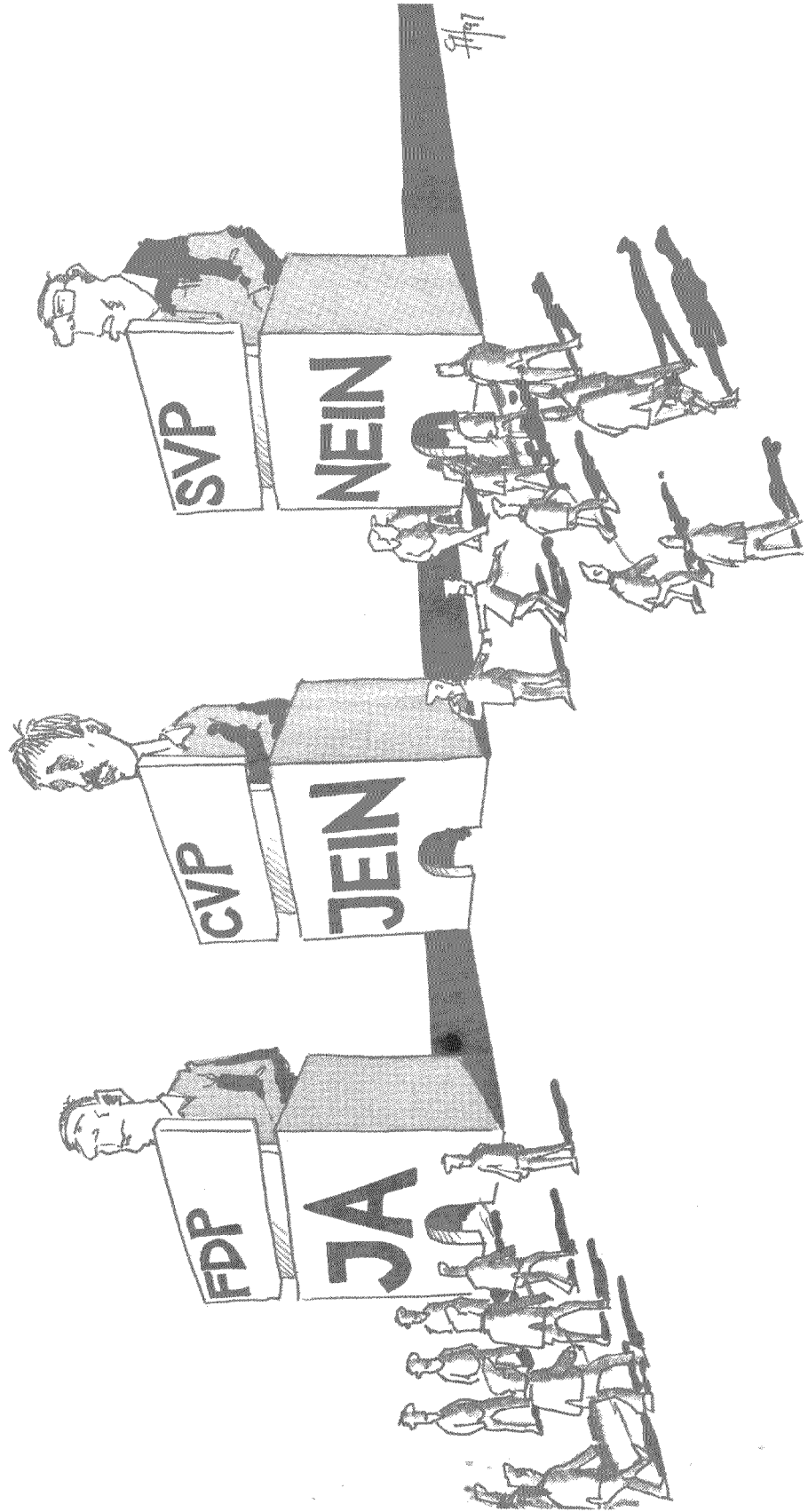
Redaktion «Der Freisinn»

FDP Schweiz

Postfach 6136

3001 Bern

An der Fristenlösung scheiden sich die bürgerlichen Geister.



Karikatur/Andreas Töns

28. SEPTEMBER 1997 ◉ Demagogie versus Sachlichkeit

# Ende der Politikultur?!

**Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und die SP haben im Abstimmungskampf um den Bundesbeschluss über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung (ALV) zu Mitteln gegriffen, die das Ende unserer bisherigen Politikultur einzuläuten scheinen. Mit Hilfe von Horrorszenarien, Fehlinformationen und persönlicher Diffamierung versuchten sie, Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu verwirren. Mit ihrem Vorgehen stellen SP und Gewerkschaften das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen den Sozialpartnern und damit die weitere Zusammenarbeit in Frage.**

**FDP-GENERALSEKRETÄR  
JOHANNES MATYASSY**

ger Einsatz ist nun aber doch neu.

## Vermischung der Entscheidungsebenen

SGB und SP läuten damit das Ende der bisherigen Politikultur ein, die bei aller Polemik doch eine sachliche Auseinandersetzung erlaubte und bei der die Interessen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger und damit der Schweiz im Vordergrund standen. Die neue Art von Kampagne der SP und der Gewerkschaften räumt den eigenen Inter-

sen den höchsten Stellenwert ein. Das kann aus meiner Sicht nicht der richtige Weg sein. Das Wohl der Schweizerinnen und Schweizer ist ein viel zu wichtiges Gut, als dass es derart in den Hintergrund gedrängt wird.

Die Feststellung, dass wir in der Schweiz mit einer ganzen Reihe von Problemen konfrontiert sind, ist nichts Neues. Zu deren Lösung braucht es Entscheidungsgrundlagen, welche alle Möglichkeiten und Varianten aufzeigen, damit auf politischer Ebene der richtige Entscheid gefällt werden kann.

Vertrauliche Papiere sind für die Diskussion im Bundesrat wie auch in den parlamentarischen Kommissionen unentbehrlich. Im Fall der ALV wurden diese Grundlagen durch das Biga im Auftrag des Bundesrates erarbeitet und sollten in die Überlegungen der Interdepartementalen Arbeitsgruppe «Finan-

zierungsperspektiven der Sozialversicherungen» 2 (IDAFiSo 2) einfließen. Mit ihrer Art von Kampagne vermischen SP und Gewerkschaften die verschiedenen Entscheidungsebenen. Sie würgen damit die ehrliche Suche nach den besten Lösungen ab und gefährden damit wesentlich die Interessen der Schweiz. So lösen wir unsere Probleme nicht!

## Zweck heiligt die Mittel nicht

Das Vorgehen der Gewerkschaften und der SP stellt auch die sozialpartnerschaftliche Suche nach Lösungen in Frage. Die Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern kann nur auf einer Basis des gegenseitigen Vertrauens gedeihen. Die einvernehmliche Arbeit wird verunmöglicht, wenn bei jeder Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern via gewerkschaftliche Vertreterinnen und Vertreter die Diskussionsgrundlagen mit entsprechenden Begleitkommentaren an die Medien gehen. Das Prüfen von Szenarien im vertraulichen Rahmen muss möglich sein.

Das von SGB und SP gewählte Vorgehen ist Gesinnungsterror und einer Demokratie schweizerischer Art nicht würdig. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wurden bewusst hinter das Licht geführt. Die Methoden der Anprangerung einzelner Personen und das populistische Breitschlagen von aus dem Zusammenhang gerissenen theoretischen Überlegungen sind totalitär und entsprechen in keiner Weise unseren Vorstellungen einer demokratischen Streitkultur.

## ZUM THEMA

Die neue Art von Kampagne der SP und der Gewerkschaften räumt den eigenen Interessen den höchsten Stellenwert ein.

Die Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern kann nur auf einer Basis des gegenseitigen Vertrauens gedeihen.

Die Methoden der Anprangerung einzelner Personen und das populistische Breitschlagen von aus dem Zusammenhang gerissenen theoretischen Überlegungen sind totalitär und entsprechen in keiner Weise unseren Vorstellungen einer demokratischen Streitkultur.

tur. Selbst der Zweck einer Abstimmung heiligt hier die Mittel nicht.

## Damoklesschwert des Gesinnungsterrors

Unabhängig vom Ausgang der Abstimmung über die ALV muss die Sozialpartnerschaft überdacht werden. Die Drahtzieher der Gewerkschaften und der SP sind für das vergiftete Klima verantwortlich, und sie müssten für den Abbruch des sozialpartnerschaftlichen Dialogs geradestehen.

Unser Land braucht zukunftsorientierte Lösungen, welche auch Bedürfnissen der künftigen Generationen voll Rechnung tragen. Dafür setzt sich die FDP ein, und sie ist dabei offen für den konstruktiven Dialog mit den Sozialpartnern, um solche Lösungen zu erarbeiten. Aber auf einer Basis des Vertrauens und nicht unter dem Damoklesschwert des Gesinnungsterrors.



**FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy: «Unser Land braucht zukunftsorientierte Lösungen, welche auch Bedürfnissen der künftigen Generationen voll Rechnung tragen.» (Photo ruti)**